

60 Jahre



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Über Tabuthemen berichten

Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, der Herausgeberin dieser Zeitung, über deren Leitlinien

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist 60 Jahre geworden. So wie sich ein Mensch in der Regel nach Vollendung des 60. Lebensjahres zu einer reifen Persönlichkeit mit sicherem Beurteilungsvermögen entwickelt hat, so hat sich die *Preußische Allgemeine Zeitung* / *Das Ostpreußenblatt* (PAZ) in 60 Jahren zu einer geschätzten, unabhängigen Wochenzeitung entwickelt, die Woche für Woche zu den aktuellen politischen, sozialen und kulturellen Fragen Stellung bezieht.

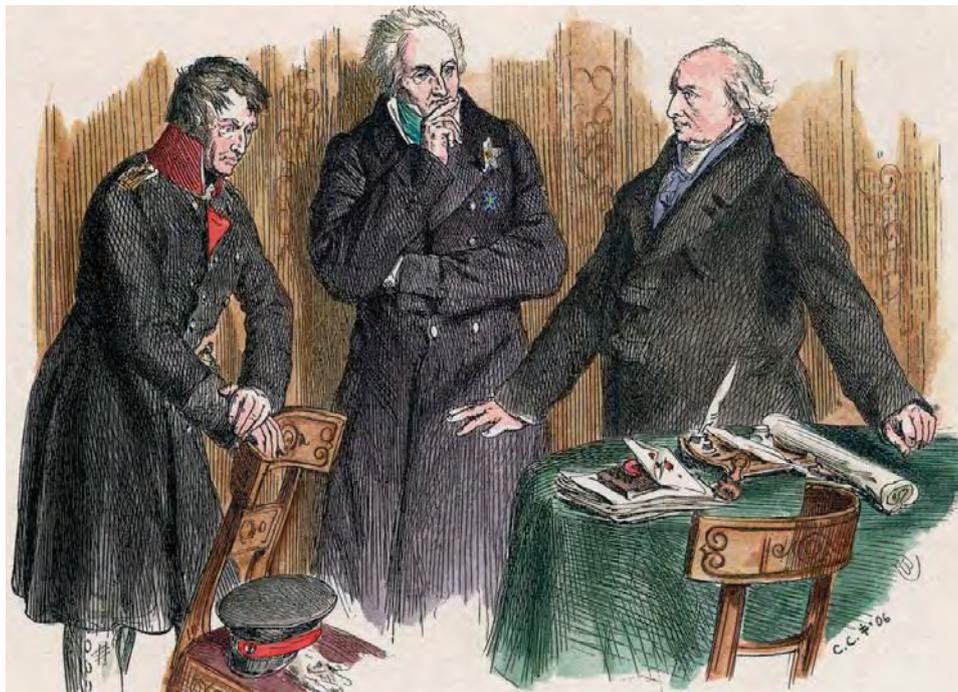
Die klassischen Aufgaben einer unabhängigen Zeitung im demokratischen Gemeinwesen werden auch von der PAZ wahrgenommen.

In den ersten 20 Jahren reines Verbandsorgan

Es sind:

- Nachrichten vermitteln (Informationen bieten),
- durch Kommentare zum politischen Geschehen zur Meinungsbildung beitragen,
- Kritik und Kontrolle (Missstände und Fehlentwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigen und deren Beseitigung fordern),
- den Lesern ein Unterhaltungsangebot bieten.

Die PAZ erschien bis einschließlich 2003 unter dem Titel *Das Ostpreußenblatt*. Die Zeitung ist seit 1950 am Markt, sie war in den ersten 20 Jahren nur Verbandsorgan der Landsmannschaft Ostpreußen. Seit 1967 erheben Herausgeberin und Redaktion den Anspruch, mit dem *Ostpreußenblatt* eine unabhängige Wochenzeitung zu produzieren. Gleichwohl blieben Ostpreußen, die Ostpreußen und alle Fragen, die sich aus Flucht,



In kritischen Zeiten von Preußens Reformern lernen: General Gerhard von Scharnhorst, Minister Freiherr Karl August von Hardenberg und Staatsminister Reichsfreiherr Karl vom und zum Stein bleiben Vorbilder für die deutsche Politik.

Bild: alg

Vertreibung der Ostdeutschen aus den preußischen Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches ergaben, Schwerpunkt der Berichterstattung.

Weil die bezahlte Auflage der Zeitung in den letzten 20 Jahren stark rückläufig war, sah sich die Herausgeberin schon allein aus wirtschaftlichen Erwägungen gezwungen, neue Leser zu gewinnen. Da lag es nah, die preußische Thematik mehr in den Vordergrund zu

rücken und dies auch mit einer Änderung des Zeitungstitels nach außen deutlich zu machen. Herausgeberin und Redaktion sind über-

einer globalisierten und vernetzten Welt erfolgreich zu bewältigen. Neben den oben angeführten inhaltlichen Themenfeldern er-

Massenmedien ausgeblendet werden.

Die Entwicklungsgeschichte der PAZ, aber auch verantwortungsvolle gesinnungsethische Gründe gebieten es, die geschichtlichen, geistlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten der Deutschen Nation auch für die Deutschen jenseits der heutigen Ostgrenze der Bundesrepublik zu bewahren und lebendig zu halten. Mithilfe unserer Wochenzeitung PAZ wollen wir

Rückbesinnung auf preußische Tugenden ist gerade in einer globalisierten Welt notwendig

zeugt, dass eine Rückbesinnung auf preußische Tugenden erforderlich ist, um Deutschlands Zukunft in

streckt sich die Berichterstattung der Zeitung auch auf bedeutsame Randthemen, die leider von den

die Geschichts-, Sprach- und Kulturgemeinschaft mit unseren dort lebenden Landsleuten stärken.

Der Geschichtsverfälschung und der Geschichtslosigkeit wird die PAZ entgegenwirken, wie sie das auch bisher getan hat. Dabei ist der Redaktion das Prinzip der Wahrheit Leitlinie. Dies ist von existenzieller Bedeutung für die Zeitung, da der Eindruck gewonnen werden könnte, dass in weiten Teilen der Republik die Lüge zum System erkoren wurde. Die über 700-jährige Geschichte und Kultur des deutschen Ostens (gemeint sind die Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches Ost- und Westpreußen, Hinterpommern und Schlesien) ist Bestandteil des Erbes der ganzen

Das ostdeutsche Kulturerbe lebendig halten

Deutschen Nation. Dies festzuhalten und immer wieder festzustellen ist ein Gebot der historischen Wahrhaftigkeit und verpflichtende Daueraufgabe der Herausgeberin und Redaktion. Wer, wenn nicht wir, wird sich der Aufgabe stellen, dieses unendlich wichtige und große Kulturerbe lebendig zu halten?

Darüber hinaus will die PAZ alle schicksalhaften Themen des demokratischen Gemeinwesens Deutschlands aufgreifen, die von der politischen Klasse und den Medien mehr oder weniger tabuisiert werden. Diese schränken die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit zugunsten der so genannten politischen Korrektheit ein bei den Themen: Ausländerkriminalität, Islamisierung, Reparationszahlungen Deutschlands, überbordende Staatsverschuldung und anderes mehr. Dem stellt sich die PAZ mutig entgegen und das bereits seit 60 Jahren.

Eine Zeitung, die sich allen Schablonen entzieht

Die preußische Idee bildet die Identität und den »Markenkern« der PAZ und – soweit ein Medium das haben kann – ihre Seele

Wo steht die *Preußische Allgemeine* heute in der deutschen Medienlandschaft? Am einfachsten wäre die Einordnung des Blattes als »Vertriebenzeitung«. Es ist ja eine Tatsache, dass die *Preußische Allgemeine* aus dem *Ostpreußenblatt* hervorgegangen ist und bis heute ein recht großer Anteil ihrer Leser nach Herkunft oder sogar nach Geburt Ostpreußen sind. Aus dieser Sicht, das wäre anzumerken, steht die *Preußische Allgemeine* ziemlich alleine da: Nur sehr wenige Periodika mit ost- und sudetendeutschem Bezug erscheinen noch wöchentlich, unseres Wissens sind es nur ganze zwei. Doch diese sind nach Auflage und publizisti-

ischem Anspruch nicht vergleichbar mit der *Preußischen Allgemeinen*. Das selbe gilt noch mehr für die anderen Zeitungen und Zeitschriften aus diesem Bereich, die weniger oft erscheinen.

Eine andere mögliche Einordnung wäre es, die *Preußische Allgemeine* als »nationales« oder »demokratisch-rechtes« Blatt zu qualifizieren. Doch auch das wäre zumindest unvollständig. Zusammen mit ihrer Herausgeberin bekennt sich die PAZ zu einem vernünftigen deutschen Patriotismus. Nationalbewusstsein und Vaterlandsliebe sind für sie (im Unterschied zum Nationalismus!) positive Begriffe. Insofern ist die PAZ auch irgendwie »rechts«, je-

denfalls in der Definition der politischen »Gesäßgeographie« der Gegenwart. Doch viel mehr noch als »patriotisch« und »demokratisch-rechts« ist diese Zeitung natürlich preußisch. Die preußische Idee aber ist zwar bestens kompatibel mit deutschem Patriotismus, aber sie ist ihrem Wesen nach eben keine nationale Idee, sondern eine Staatsidee. In welchem Maße, das sollen zwei Überlegungen verdeutlichen.

Zum einen hat Preußen seinen Namen nach einem untergegangenen baltischen Volksstamm, den Preußen. Es war im Grunde eine historische Zufälligkeit, dass das Wort »Preußen« zum Namen des brandenburg-preußischen Gesamtstaates wurde. Damit war das keineswegs

nur »deutsche« Selbstverständnis dieses Staates schon markiert: Ein Nationalstaat hätte sich zu allerletzt nach einem Nachbarvolk benannt.

Zum anderen ist die preußische Idee auf andere Völker übertragbar, sogar auf außereuropäische. Diese Zeitung hat unlängst darüber berichtet, wie eine preußisch-deutsche Kolonialpolitik in Ostafrika arabischen Sklavenjägern das Handwerk gelegt hat. Dadurch gewann sie die tiefe Loyalität der schwarzafrikanischen Bevölkerung, die im Ersten Weltkrieg – wohl einmalig in der europäischen Kolonialgeschichte – dafür kämpfte, ihre bisherige Kolonialmacht behalten zu dürfen.

Die Episode ist im doppelten Sinne preußisch: Es war preußisch

seitens der Deutschen, nach dem Prinzip »Üb immer Treu und Redlichkeit!« die unmenschliche Sklavenvergeltung in Tanganjika abzuschaffen. Das geschah ohne viel Tamtam und war ganz anders motiviert als heutiges gesinnungsethisches Gutmenschenhum. Nicht weniger preußisch war aber die Loyalität, der Gemeinsinn und auch die Opferbereitschaft, mit der die Massai ab 1915 zusammen mit einem winzigen deutschen Expeditionscorps ihr Land gegen eine britische Übermacht verteidigten. Kurz und gut: Preußen ist im Kern wirklich keine deutschnationale Sache, weswegen übrigens auch die deutschen »Kämpfer gegen Rechts«, die diese Zeitung natürlich seit langem

im Visier haben, bisher keinen Ansatzpunkt gegen die *Preußische Allgemeine* gefunden haben.

Am allerwenigsten ist die PAZ, trotz solide-schwarzer Zahlen, ein kommerzielles Projekt. Das schließt schon die Gemeinnützigkeit der Herausgeberin au.

Bleibt als Fazit, dass sich diese Zeitung – zur Freude ihrer Leser, aber auch aller anderen, die sich eine bunte Medienlandschaft wünschen – den üblichen Schablonen entzieht und einfach erfrischend anders ist. Diese *Preußische Allgemeine* hat mit ihren Lesern, die durchaus eine Gemeinschaft bilden, Profil, Identität und – soweit ein Medium das haben kann – eine Seele. Konrad Badenheuer

Allen Skeptikern zum Trotz

Ruth Geede, die von Anfang an bei dieser Zeitung mitgearbeitet hat, lässt 60 Jahre *Ostpreußenblatt* Revue passieren

Ein Jubiläum ist mehr als ein Besinnen auf das Erreichte, Dankbarkeit für das trotz mancher Widerstände erhalten Gebliebene und die Verpflichtung für ihr Bewahren in einer noch ungewissen Zukunft. Man sieht erst beim Abschreiten der zurückgelegten Strecke, wie lang der Weg ist und welche Schwierigkeiten zu meistern waren.

Unsere alten, treuen Bezieher, die seit der ersten Stunde dabei sind, haben das *Ostpreußenblatt* beziehungsweise die *Preußische Allgemeine Zeitung* in den vergangenen 60 Jahren auf ihrem langen Weg begleitet. Für unsere neuen Leser wird es interessant sein, dass diese Wochenzeitung auf eine 60-jährige Geschichte zurückblicken kann, wie sie nicht viele deutsche Presseorgane vorweisen können. Das liegt an dem guten Fundament, auf dem sie einst gegründet wurde, und das heißt „Ostpreußen“. Und als *Ostpreußenblatt* erschien sie am 5. April 1950 in dem damals noch dünn besetzten Pressespiegel der erst kurz zuvor gegründeten Bundesrepublik Deutschland, ein Titel, den sie noch heute unter dem Mantel der PAZ trägt.

Wenn man rückblickend sagen würde, sie füllte damals eine klaffende Lücke aus, dann wäre das nicht richtig. Das Gegenteil war der Fall: Sie wuchs aus einem tiefen Krater der Unwissenheit über das Schicksal von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen. Durch ein striktes Verbot unterbanden die Besatzungsmächte bis zum Jahr 1947 jegliche Vereinigung von Deutschen, die in Ostern ihre Heimat verloren hatten. Die Geburtsstunde der Landsmannschaft Ostpreußen schlug am 3. Oktober 1948 in der Hamburger Elbschlossbrauerei, am 8. März 1950 erfolgte die Eintragung in das Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg. Es erwies sich als notwendig, der Landsmannschaft ein Verbandsorgan in die Hand zu geben, das zugleich Organisationshilfe wie Plattform für die Zusammenfindung der Vertriebenen war. Es hatte schon vorher einige Publikationen gegeben, aber unliebsame Umstände, die sogar zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führten, zwangen dazu, eine neue Zeitung als einziges Verbandsorgan herauszubringen. Allerdings gab es auch Skeptiker, die einer Vertriebenenzeitung kein langes Leben voraussagten. Aber bereits im März 1950 erschien eine Probenummer mit dem Titel *Das Ostpreußenblatt* und dem Wappen mit der Elchschaufel – Schriftzug und Emblem sind bis heute geblieben! In jener

Testausgabe gibt der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Ottomar Schreiber, der Hoffnung Ausdruck, „dass das Ostpreußenblatt uns auf einen Weg begleiten wird, der gekennzeichnet ist durch ein immer engeres Zusammenrücken der Glieder unserer ostpreußischen Schicksalsgemeinschaft und durch eine nachhaltige Besserung der Lage der Heimatvertriebenen in Westdeutschland“. Die Probenummer zeigte erste Beiträge zu diesen Themen wie einen Bilderbericht aus dem Lager Friedland, wo der erste Zug aus den polnisch besetzten Ostgebieten eingetroffen war – allerdings aus Schlesien, nicht, wie erhofft, aus Ostpreußen –, Informationen über neue Gesetze, Berichte aus der Arbeit der Landsmannschaft und der örtlichen Zusammenschlüsse, aber auch kulturelle Beiträge von ostpreußischen Autoren und den Bericht einer Königsbergerin, die als Speicherarbeiterin unter den Russen geschuftet hatte und somit authentische Informationen über diese ersten Nachkriegsjahre in der besetzten Stadt vermitteln konnte. Der nächste Teil ihrer Erlebnisse sollte dann in der ersten offiziellen Ausgabe der Zeitung erfolgen, eine Fortsetzungsgeschichte also – vielleicht trug dies dazu bei, dass die Nr. 1 dann nicht im geplanten Umfang von 32, sondern mit 48 Seiten erschien. Der 5. April 1950 wurde dann zur offiziellen Geburtsstunde des *Ostpreußenblattes*.

Die Zeitung begann als Sprachrohr der Schicksalsgemeinschaft

Die Erstausgabe hielt, was die Probenummer versprochen hatte: Sie zeigte sich als Spiegel und Sprachrohr der Schicksalsgemeinschaft der vertriebenen Ostpreußen und als Bewahrer der Geschichte und Kultur der Heimat mit Beiträgen bekannter Schriftsteller und Historiker. Als einziges Organ der Landsmannschaft informierte das *Ostpreußenblatt* seine Leser über die bisher geleistete Arbeit und die aktuellen Probleme der Flüchtlinge. Es erwies sich aber auch schon als Sammelbecken der Suchwünsche, denn die meisten Familien mussten Vermisste und Verschleppte beklagen. Und so begann das große Suchen unter dem Titel: Vermisst, verschleppt, gefallen!

Keiner kann sich heute die organisatorischen und räumlichen Schwierigkeiten vorstellen, unter denen die Realisierung überhaupt ermöglicht wurde. Geschäftsstelle wie Redaktion und Vertrieb waren in den Wohnräumen der Verantwortlichen untergebracht. In der



Schwerer Anfang: Alles begann in einer Baracke, die zum Treffpunkt der Vertriebenen wurde.

Einzimmerwohnung des Geschäftsführers der Landsmannschaft, Werner Guillaume, waren bis zu acht Mitarbeiter tätig, was auch bei seiner sonst so ruhigen Ehefrau Magdalena – kurz „die Landesmutter“ genannt – die Nerven blank legte. Der Vertrieb der Zeitung befand sich ebenfalls in der Privatwohnung des zuständigen Leiters C. E. Gutzeit, einschließlich des Kellers, aber nicht mehr lange. Kurz bevor die Nr. 1 erschien, war die Landsmannschaft in eine Holzbaracke gezogen, die mitten in einer Trümmerlandschaft unweit der Außenalster am Berliner Tor lag. Eine schadhafte Bretterbude, aber die dort einzogen, hatten ja auf der Flucht oder in Gefangenschaft noch ganz andere Untertkufe erlebt. So gut es ging, versuchte man die Räume bewohnbar zu machen, was in diesem Fall „betriebsfähig“ bedeutete. Aber die Arbeitsbedingungen blieben hart: Im Sommer knallte die Sonne unbarmherzig auf das Wellblechdach, im Winter verwandelte der Frost die Baracke in eine Eishöhle. Zwar bulterten in den Kanonenhöfen die von den Mitarbeitern mitgebrachten Brickets und Holzscheite, aber sie ließen nur kurze Zeit die Öfen glühen. Durch die klapprigen Fenster zog es wie die Pest. In den engen Räumen konnte man sich kaum bewegen,

alles mit Tischen und Stühlen vollgestellt war, auf denen Papierstapel und Bücherberge lagen, denn inzwischen war auch die Redaktion eingezogen. Die hatte sich bis dahin in der Privatwohnung des ersten Chefredakteurs des *Ostpreußenblattes*, Martin Kakies, befunden, der sich für die *Ostpreußenblatt* als Glückfall erwies. Denn er war nicht nur als ehemaliger Chefredakteur

triertes Arbeiten unmöglich machte. Deshalb brannten bis in die späten Nachtstunden die über den alten Holztischen hängenden Glühbirnen, klapperten die alten Schreibmaschinen. Allerdings hatte der ständige Besucherstrom auch einen Vorteil für die Redakteure: Sie bekamen viele Informationen, Erlebnisberichte und Mitteilungen geradezu ins Haus geliefert. Längst war die



Foto: Archiv

Baracke zum Treffpunkt der Vertriebenen und zum Ort des Wiedersehens geworden. Interviewpartner kamen gerne und freiwillig. Aussiedler und Spätheimkehrer konnten als authentische Zeitzeugen befragt werden, schon sesshaft gewordene Vertriebene berichteten von ihrer Aufbauarbeit. Und dann immer das große Suchen, das dazu führte, dass Seiten um Seiten mit Einzel-Suchanzeigen gefüllt werden mussten und im redaktionellen Teil die Rubriken, die sich mit diesen

Problemen beschäftigten, umfangreicher wurden. Diese Entwicklung trug dazu bei, dass die Bezieherzahl ständig wuchs: Ende des Jahres 1953 überstieg das *Ostpreußenblatt* mit 100 085 Postbeziehern die Grenze der Hunderttausend. Nummern im Zeitungsformat und als Wochenzeitung.

Es dauerte noch einmal drei Jahre, bis die Landsmannschaft in ein eigenes Haus in der Hamburger Parkallee ziehen konnte: Am 15. März 1956 übersiedelte somit auch die Redaktion in die hellen Räume des Stadthauses in der ruhigen Straße und konnte ihre Arbeit nun unter ganz anderen Bedingungen weiter führen. Das zeigte sich auch in der Gestaltung des Blattes, das mit einer ständigen Beilage „Wir jungen Ostpreußen“ und mit der monatlichen „Berliner Beilage“ erweitert wurde. Das geschah noch unter der Ägide des Hauptschriftleiters Martin Kakies, der das Blatt von den bescheidenen Anfängen als Organ der Landsmannschaft zur auflagenstärksten Wochenzeitung redaktionell geführt hatte. Als er 1959 ausschied, hatte das *Ostpreußenblatt* eine Druckauflage von fast

128 000 erreicht. Zum zehnjährigen Bestehen im April 1960 schrieb Dr. Alfred Gille, Nachfolger von Dr. Ottomar Schreiber im Amt des Sprechers: „Um all unsere Aufgaben, Wirkungen und Hoffnungen geht es, wenn wir vom *Ostpreußenblatt* sprechen. Es trägt und hält unsere Gemeinschaft, es kämpft für unsere Heimat und schafft uns die wirtschaftliche Unabhängigkeit.“

1959 lag die Auflage des Blattes bei 128 000 Exemplaren

Dem Memelländer Martin Kakies, einer sehr ausgeprägten, dominierenden Persönlichkeit, folgte der bisherige politische Redakteur Eitel Kaper. Ein erster Mann mit großem Wissen und Fleiß, der mit sicherer Hand die Redaktionsarbeit lenkte. Die heitere Komponente brachte eine Frau mit ein: Ruth Maria Wagner, die in Königsberg und Berlin als Rundfunkredakteurin in leitenden Positionen gearbeitet hatte. Sie sollte mit ihrem Wissen, Können und einer großen Heimatliebe 20 Jahre lang dem Ressort Kultur/Unterhaltung/Frauen vorstehen und viel zur Erhaltung ostpreußischer Kulturorgane beitragen, eine wichtige Aufgabe, die später Silke Osman weiterführte – bis heute. Auch Erwin Scharfenorth brachte seine fundamentalen Kenntnisse über ostpreußische Geschichte und Volkskunde mit ein, die er in wie mit leichter Hand geschriebene Erzählungen umsetzte. Leider verstarb er – wie Hans-Ulrich Stamm und Friedrich Ehrhardt, der Vater der „Ostpreußischen Familie“ – viel zu früh, sie alle hinterließ spürbare Lücken. Einen hervorragenden Mitarbeiter fand man in dem Schriftsteller Paul Brock, dem bekannten Romanautor, der vor allem das Feuilleton mit seinen ostpreußischen Städteporträts und Landschaftschilderungen bereicherte. Viele Namen wären zu nennen, die das Blatt in der „Ara Kaper“ mitprägten und die sich auch in die folgende einbrachten, die nun ein Mann mit voller Präsenz ausfüllte: Hugo Wellmes. Ein Vollblutjournalist, der als Chefredakteur in fast drei Jahrzehnten kraftvollen Wirkens dem *Ostpreußenblatt* seinen Stempel aufdrücken sollte. Er war Rheinländer – aber das tat dem *Ostpreußenblatt* gut, so stellte jedenfalls der damalige Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte, Heinrich Windelen, fest. Er dokumentierte dies in seinem Vorwort zur Festschrift „25 Jahre für Deutschland“ mit dem Satz: „Man hörte die Stimme der Ostpreußen also auch in Bonn, und zwar sehr genau.“ Wie der damalige NRW-Ministerpräsident

Fortsetzung auf Seite III

12. Januar 1945: Das Inferno bricht los. Die rote Armee überrennt die vom Krieg zermürbte Front im Osten Deutschlands. Schon Monate zuvor hatten die grauischen Bilder des vorübergehend zurückerobernten Nemmersdorf eine Ahnung von der bevorstehenden Hölle gegeben. Flucht unter Bomben- und Granatenhagel, über Land, über See, entsetzliche Übergriffe der Eroberer – Bilder, welche die meisten Vertriebenen nie vergessen werden.



Bis 1948 wurden auch die meisten der zurückgebliebenen oder zurückgekehrten Ostdeutschen verjagt. Wie für die zuvor bereits Vertriebenen beginnt ein mühsamer Neuanfang in Lagern und Baracken.

3. Oktober 1948: Die Landsmannschaft Ostpreußen wird gegründet. Aus vielen bereits gegründeten regionalen Zusammenschlüssen bilden die vertriebenen Ostpreußen einen gemeinsamen Dachverband.

23. Mai 1949: Der Parlamentarische Rat beschließt das Grundgesetz, die „Bundesrepublik Deutschland“ ist gegründet. Im Herbst wird Konrad Adenauer (CDU) erster Bundeskanzler.

7. Oktober 1949: Auf dem Gebiet der Sowjetzone wird die „Deutsche Demokratische Republik“ aus der Taufe gehoben. Ihr starker Mann bleibt bis 1971 Walther Ulbricht (SED)

März 1950: Eine „Probenummer“ des *Ostpreußenblattes* erscheint, am 5. April erscheint *Das Ostpreußenblatt (OB)* Nr. 1,

zunächst zweimal, dann dreimal im Monat.

25. Juni 1950: Mit dem Einmarsch kommunistischer nordkoreanischer Truppen in den westlich orientierten Süden Koreas beginnt der Koreakrieg. Weltkriegsängste breiten sich aus. Das *OB* sieht jedoch keinen Grund zur Panik. „In Moskau ist man ... sehr real und vorsichtig in der Beurteilung der wirklichen Machtverhältnisse.“ Dass die UdSSR Koreas wegen einen globalen Krieg anzettelte, sei äußerst unwahrscheinlich.

20. August 1952: Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ist tot. Schumacher, KZ-Opfer, entschiedener Gegner Adenauers und glühender Patriot, hatte die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie für immer ausgeschlossen. Das *OB* hoffte damals, dass „auch der neue

Parteivorsitzende der SPD Schumachers Grundsätze bewahren wird“.

17. Juni 1953: Ein Volksaufstand in Ost-Berlin, der ganzen DDR auf blutig niedergeschlagen. Sichtlich erschüttert von den Ereignissen kommentiert das *OB*: „Dieses Blut brennt wie Feuer. Es ist Blut vergossen worden für ein Deutschland, wie wir es uns ersehnen, es ist Blut vergossen worden für uns und unsere Heimat. Denn der Weg nach Hause geht über Berlin.“

6. September 1953: Die CDU/CSU gewinnt mit über 45 Prozent die zweite Bundestagswahl. Der besttätigte Bundeskanzler Adenauer wird im *OB* zitiert: „Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten.“ Bis jetzt



habe man immer wieder von der Wiedervereinigung gesprochen, „wir sollten lieber sagen Befreiung, denn sie leben in Ostdeutschland in Sklaverei und Knechtschaft.“ 18 Millionen Einwohner zählte seinerzeit die DDR inklusive Ost-Berlin.

1. Oktober 1953: Der „Deutschlandvertrag“ ist ratifiziert, die Bundeswehr wird aufgestellt. Damit erhält der westdeutsche Teilstaat weitgehende Souveränität. Gleichzeitig wird die Bundesrepublik Nato-Mitglied. Das *OB* titelt: „Wir sind wieder mündig.“

14. Mai 1955: Die Staaten des Ostblocks gründen unter Beteiligung der DDR den Warschauer Pakt (offiziell Warschauer Vertrag). Gleichzeitig macht Moskau Vorschläge für eine Viermächte-Übereinkunft hinsichtlich Deutschlands. Das *OB* wittert darin ein Finte und spricht von der „äußerst raffinierten Stimmungsmache und Manövrierfähigkeit der Sowjets“.

Fortsetzung von Seite II

dent Kühn bewies, der auf einer Plenarsitzung das Ostpreußenblatt zitierte und es mit dem Kommentar attackierte: „Solange ich an der Spitze stehe, werden Blätter, die so etwas öffentlichen, keinen Pleni- nig aus öffentlichen Mitteln bekom- men.“ Darauf könne das Ostpreußenblatt auch gut und gerne verzichten, wie Windelen kommentierte. Und er bescheinigte der Zeitung eine unabhängige politi- sche Meinung, „die man sicher als konservativ, aber vom preußischen Idealen getragen bezeichnen kann“.

Der Minister war gerne Gast in dem Haus in der Parkallee wie viele andere Besucher aus Politik, Wissen- schaft und Kunst. Wellemis be- stimmte mit seiner selbstbewussten Art das Geschehen. Dafür mag eine kleine Episode stehen, die sich als Anekdote in die Zeitungsgeschichte eingeschrieben hat. Sie geschah im Jahr 1978, als der Präsident der Paneuropa-Union Otto von Habs- burg und Prinz Louis Ferdinand von Preußen anlässlich einer Feier der Landsmannschaft Ostpreußen in der Parkallee weilten. Kein großer Empfang, keine lange Laudatio. Da auch der Inhaber der Klischee- anstalt Kaiser eingeladen war, eröff- nete Wellemis die Feier mit den Worten: „Ich begrüße Sie heute zu einem Drei-Kaiser-Treffen!“ Weder der Habsburger noch der Hohen- zoller nahmen das über!

Während der „Ära Wellemis“ fiel auch der Eisenerne Vorhang, und damit begann ein neues Kapitel in

Eine unabhängige politische Meinung

der Geschichte des Ostpreußen- blattes, an dem er bis zu seinem Abschied im Jahr 1995 mitschrieb. Noch einmal begann das große Su- chen und Finden, das Ostpreußen- blatt wurde zum engagierten Ver- mittler, zum verlässlichen Helfer, zur Brücke vom Heute zum Einst. Als Hugo Wellemis 1995 aus seinem Amt schied, hinterließ er seinen Nachfolgern kein leichtes Erbe. Fast 30 Jahre – also die Hälfte der Zeitspanne des Bestehens un- serer Zeitung! – setzen eben Marke- steine! Mit Horst Stein, Elinar Schubbe, Hans-Jürgen Mahlitz und Klaus D. Voss an der Spitze konnte das Ostpreußenblatt seinen Weg un- beirrbar weitergehen, obgleich die Schwierigkeiten wuchsen, nicht zuletzt aufgrund des veränderten Altersspiegels unserer Leserschaft. Wie sie aus der Sicht des Chefred- akteurs zu meistern sind, dazu nimmt der heutige Leiter der Red- aktion, Konrad Badenheuer, in dieser Ausgabe Stellung.

Eines sei aber mit diesem kleinen Überblick über die Geschichte un- serer Zeitung bewiesen: Die Skepti- ker, die vor 60 Jahren dem Ostpreußenblatt nur ein kurzes Leben voraussagten, haben sich gründlich geirrt!

Als das große Suchen begann

In der Baracke an der Hamburger Wallstraße trafen sich Kulturschaffende, Einsame und Auswanderungswillige

Wie war das eigentlich damals, als wir nach Flucht und Vertreibung be- gannen, nach Angehörigen, Nach- barn, Freunden, Kameraden zu suchen?

Als uns überhaupt erst bewusst wurde, dass wir vorerst – wie wir glaubten – nicht in die Heimat zu- rückkehren konnten, dass wir ver- suchen mussten, festen Boden unter den Füßen zu bekommen? Wer gab uns da Hilfestellung, wer wies uns den Weg zu Institutionen und Aus- kunftsstellen, wer informierte uns über unsere Rechte und Möglich- keiten, die oft unlösbar scheinenden Probleme zu bewältigen? Wer brachte uns mit Schicksalsgefährten zusammen, wer bewahrte die Hei- mat in Wort und Bild und ließ uns die Fremde leichter ertragen? Es war das Ostpreußenblatt von der er- sten Folge seines Erscheinens an, das für uns Vertriebene zum guten Wegbegleiter in eine noch unge- wisse Zukunft wurde.

Die ersten Jahre nach der Vertrei- bung waren vergangen, irgendwo hatte man Obdach gefunden. Hier und dort hatte es bereits ein Wie- derfinden gegeben, ermöglicht durch eine vor der Flucht verein- barte Adresse im Westen, durch eine frühe Auskunft der Suchstellen, oft auch durch manche zufällige Be- gegnung. Das geschah, was die ost- preußischen Vertriebenen betraf, besonders in Norddeutschland un- weit der Demarkationslinie. Viele, die in Mitteldeutschland durch die 1948 erfolgte Ausweisung aus Nord- ostpreußen gelandet waren, aber auch Landsleute, deren Trecks sich in Mecklenburg und Vorpommern aufgelöst hatten, wagten noch ein- mal eine Flucht über die damals „grüne Grenze“, die aber durch die militärische Bewachung nicht unge- fährlich war. Sie blieben oft im öst- lichen Niedersachsen oder in Schleswig-Holstein, das auch viele aus der dänischen Internierung ent- lassene Vertriebene aufnahm. Hier formierten sich wie überall, wo die Flüchtlinge größere Gruppen bilde- ten, erste Zusammenschlüsse, die verhinderten, dass der allein le- bende Heimatlose in die Isolation geriet. Als im November 1949 die Landsmannschaft Ostpreußen ge- gründet wurde, konnte sie den örtli- chen Zusammenschlüssen und überregionalen Heimatkreisen ein festes Haus bieten – im übertragenen Sinne. Real war es allerdings das, was man eher als Bruchbude bezeichnen würde: die berühmte „Baracke“. Sie wurde zur Urzelle der Zeitung, die von nun an zum großen Verbindungsglied in der Schicksalsgemeinschaft der Vertrie- benen wurde, dem Ostpreußenblatt!

Es dürfte damals kaum eine Red- aktion in Westdeutschland gege- ben haben, die einen so starken

Besucherstrom aufweisen konnte wie die in der Hamburger Wall- straße. Man schrieb nicht, man kam selber, um mit den Redakteuren und Mitarbeitern der Landsmannschaft über die Themen zu sprechen, die in den ersten Ausgaben behandelt wurden, und die eigenen Probleme mit einzubringen. Es gibt ein spani- sches Sprichwort: „Die Welt ist wie ein Taschentuch, alles findet sich darin wieder.“ Das bewahrheitete sich hier auf ostpreu- bisch. Und es war schon ein kräftiges, großes Sackgut, in dem sich die Ostpreußen in drangvoller Enge zu- sammen fanden.

Da war der ehe- malige Gestütleiter, der gelesen hatte, dass von der Bundesre- gierung 18000 D-Mark zur Erhaltung der Trakehner- zucht bewil- ligt wurde, und der mehr darüber wis- sen wollte. Es kam e i n Ehe- paar, das die

so viele Auskunftsheischende auch aus weiter entfernten Gebie- ten in die Baracke kamen, hatte seine Gründe. Der Postweg dauerte so lange, einen Telefonanschluss be- saßen die wenigsten, im direkten Gespräch konnte man das Thema verdichten. Und die Begegnung mit den Redakteuren und Autoren der Beiträge war für die Besucher auch wichtig, besonders, wenn es sich um bekannte Historiker und Kultur- schaffende handelte.

Viele von ihnen lebten in Nord- deutschland, vor allem in Hamburg, oder kamen zu den Kulturveranstal- tungen in die Hansestadt – nie ohne die Baracke aufzusuchen. Sie trugen nahtlos ihr kulturelles Schaffen wei- ter, die Dichter, Maler und Musiker, die das so rege ostpreußische Kul- turleben bestimmt hatten. Da war der vor allem durch seine Romane

bekannt Autor Hansgeorg Buch- holtz, der seine Liebe zu Masuren und der Kurischen Nehrung in Bei- trägen für das Ostpreußenblatt und auf vielen Lesungen weiter trug. Ein besonders engagiertes Forum fand er in der jungen Generation, die sich zur „Vereinigung der ostpreußi- schen Jugend in Hamburg“ zusam- mengeschlossen hatte und eine rege Tätigkeit unter Hannes Rischko und Lieselotte Trunz entfaltete. Das viel- fältige Erbe ostpreußischen Volks- tums lag bei Hanna Wangerin in den besten Händen, das Ost- preußenblatt

trug ihre Anre- gungen weiter, so dass s i c h Werkgrup- pen bilden konnten, in denen nach alten Mustern gewebt, gestrickt, gestickt wurde. Die heit- ere Kompo- nente brachte der junge Zeichner Hans Jürgen Press ein, der im Ostpreu- ßenblatt seine ersten Karikaturen veröf- fentlichte und eine große Liebe zur Natur, die schon seine Kind- heit in Masuren be- stimmte hatte, in vielen Zeichnungen und Bild- rätseln erkennen ließ.

Zu den Mitarbeitern der ersten Stunde gehörten Wal- ter von Sanden-Guja, Gertrud Papendick, Erminia von Ol- fers-Batocki, Charlotte Keyser, Toni Schawaller und Otfried Graf Finkenstein, dessen neuer Roman „Schwanengesang“ in den ersten Folgen erschien. Es waren Autoren aus dem Königsberger Schriftstellerkreis wie auch Walter Scheffler, der taube Dichter, den ein besonders schweres Schicksal getroffen hatte: Der in Dänemark internierte hatte im Lager Oxhöl seine Lebensgefährtin geheiratet, Agnes Miegel war Trauzeugin gewesen, aber schon kurz nach der Hochzeit verstarb die Ehefrau, und der Gehörlose war wieder allein. Scheffler war ein guter Freund des Schrift- stellerpaares Margarete und Fritz Kudnig, das in Dithmarschen, Margaretes Heimat, schon früh ein Do- mizil gefunden hatte. Der empfindsame Dichter kam nur schwer zurecht mit dem Leben fern der verlassen Heimat, Margarete Kudnig aber trat aus dem Schatten ihres Mannes, dem bekannten Lyri- ker, heraus und wurde zu einer der

eifrigsten Mitarbeiterinnen des Ost- preußenblattes. Schon in der Probe- nummer erschien ihr Beitrag „Land der dunklen Wälder...“, das die Ge- schichte dieses Liedes behandelt, das nun nach der Vertreibung zu dem Ostpreußenlied wurde. Die Kudnigs waren mit dem Schriftstel- ler Erich Hannighofer wie mit dem Komponisten Herbert Brust eng be- freundet, für Brust hatte Margarete die Worte zu Kantaten und Orato- rien verfasst. Dieses Lied aber stammte aus der 1930 uraufgeführ- ten Kantate „Ostpreußenland“, zu der Hannighofer den Text geschrie- ben hatte. Das „Ostpreußenlied“ war ursprünglich der Schlusschor der Kantate, löste sich aber und wurde durch diese wunderbare Symbiose von Wort und Weise zu einem Heimatlied von hohem künstlerischem Wert. Brust hatte einmal über die Worte Hannighofers gesagt: „Es war eine Gnade, dass ich sie fand!“

Das Ostpreußenblatt konnte in Folge 1 die Ostdeutsche Heimatwo- che ankündigen, die Mitte Mai in der Hansestadt stattfinden sollte. Zehntausende wurden zu dieser Großveranstaltung erwartet, 80000 kamen. Die Festansprache des Hauptredners Dr. Gille gipfelte in einem Ruf aus Not und Verzweif- lung: „Verweigert nicht das Unrecht!“ Auf dieser Heimatwoche konnte sich die ostpreußische Kultur in vielen Veranstaltungen breit auffäh- ern. In der Hamburger Kunsthal- le fand eine Sonderveranstaltung „Ostpreußische Kunstausstellung“ statt, in der Werke von namhaften Künstlern wie Alfred Partikel, Hans Kallmeyer, Max Block und Gerhard Eisenblätter wie auch weniger be- kannten Malern zu sehen waren. Ein besonderes Interesse galt einem Künstlerpaar aus Lüneburg: Kurt Bernecker war mit seinen Land- schaftsbildern und Gertrud Lerbs- Bernecker, die nach Käthe Kollwitz bekannteste ostpreußische Graphi- kerin, mit Steinzeichnungen aus ihrem neuen Zyklus „Flucht und Abschied von der Heimat“ vertre- ten. Sie verstarb leider viel zu früh wie auch die hochbegabte Altistin Ursula Zollenkopf, die dem Kam- mermusikabend eine besondere Note mit ihren Brahms-Liedern ver- lieh – ein kleiner Dank an die Brahmsstadt Hamburg, die der Ost- deutschen Heimatwoche den Boden zu ihrem großartigen Gelingen be- reitete, zu dem auch das Unpro- grammierte beitrug: Das Wieder- finden von Freunden, Nachbarn und Verwandten, denen man plötzlich inmitten des Menschenstroms ge- genüberstand. Da konnte das Ost- preußenblatt viel berichten – und tat es auch. Und wuchs weiter zum Bindeglied über Länder und Konti- nente hinweg, überall, wo Vertrie- bene lebten. Bis heute! Ruth Geede



Auswanderung überlegte – sie hatte die im Ostpreußenblatt ge- stellte Frage: „Existenz in der Hei- mat oder Auswanderung?“ inter- essiert. Eine Frau aus Hannover glaubte, auf dem Foto einer Memel- länderin, die mit einem Transport gekommen war, ihre Schwester zu erkennen. Der Leiter einer örtlichen Gruppe aus Schleswig-Holstein wollte, angeregt durch den Beitrag „Beschleunigung des Lastenaus- gleichs“, über dieses Thema referie- ren und erhoffte sich von seinem Besuch in der Baracke weitere In- formationen. Auf großes Interesse stieß der in einer der ersten Ausga- ben veröffentlichte Bericht über die Operation Link, der das schwierige Problem der aus den polnisch be- setzten Gebieten „Herausgeführten“ und in die Bundesrepublik Einrei- senden behandelte. Bisher hatte es Komplikationen beim Übertritt der vor allem aus dem Ermland und Masuren Kommenden in die briti-

4. November 1956: Sowjetische Panzer beenden einen antikommunistischen Befreiungsversuch der Ungarn. Das OB druckt die letzten Hilferufe der Budapest- er Fernschreibzentrale („Die Panzer kommen in Rudeln! Was tun die Vereinten Nationen? Helft uns! Helft uns! Um Gottes willen...“) und fragt, ob „wir den Ungarn eines Tages wieder in die Augen sehen können, ohne uns zu schämen“.



15. September 1957: Mit über 50 Prozent der Stimmen erreicht die Union die absolute Mehrheit der Stimmen bei der Bundestagswahl. Der Gesamtdeutsche Block/BHE schafft die Fünfprozentklausel nicht und fällt aus dem Bundestag, was den Niedergang der Vertriebenenpartei einleitet. „Ein harter Schlag“, so das OB.

13. August 1961: Die noch halbwegs offene Grenze in Berlin wird abgeriegelt, es ist der Tag des Mauerbaus. Hilflöse Empörung auch im Ostpreußenblatt: „Wenn es noch eines letzten Beweises bedürft hätte, dass sich das Ulbricht-Unterdrückerregime aus Niedertracht, Vertragsbruch, Gewalttat und Erbarmlichkeit zusammensetzt, so ist dieser Beweis am 13. August 1961 erbracht worden.“

8. Juni 1963: Schlesierstreffen in Köln. Das OB zitiert das Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von (West-) Berlin, Willy Brandt (SPD): „Deutsche Ost- politik darf nie hinter dem Rücken der Heimatvertriebenen gemacht werden. Wer die Oder-Neiße-Linie als Grenze bezeichnet, die von unserem Volk akzeptiert ist, belügt die Polen.“

15. Oktober 1963: Kanzler Adenauer tritt zurück. Das OB erinnert: „Er wurde zum ersten deutschen Repräsentanten in der Welt, der einen noch um 1950 fast geschlossenen Wall der Verfeumdung und des Hasses aufbrach.“



1. Dezember 1966: Bundespräsident Heinrich Lübke vereidigt Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU). Er führt erstmals eine „Große Koalition“ aus Union und SPD. Das OB sieht hier bereits die Weichen für ein späteres sozialliberales Bündnis gestellt: „Wäre nicht die parlamentarische Basis einer solchen Allianz (SPD/FDP) so außerordentlich schmal gewesen, so hätte man sicherlich diesen Weg gewählt.“

„Kommt jetzt die Kapitulation vor der Straße?“

April 1968: Nach einem Anschlag auf den linksradikalen Studentenführer Rudi Dutschke kommt es zu seit den frühen 30er Jahren nicht mehr erlebten Straßenschlachten in deutschen Universitätsstädten. Das OB fragt besorgt:

28. September 1969: Nach der Bundes- tagswahl gehen SPD und FDP unter ihren Vorsitzenden Brandt und Scheel eine Koalition ein. Das Ostpreußenblatt prophe- zeit: „Man wird damit rechnen müssen, dass ... in der Deutschland- und Ostpolitik Wege beschritten werden, die weder den Erklärungen der Union noch den Vorstel- lungen der Vertriebenen entsprechen.“

12. August 1970: Kanzler Brandt unterzeichnet in Moskau den Deutsch-Sowjetischen Vertrag. Offiziell als „Gewaltverzichtsvertrag“ deklariert, vermuten Vertriebene, dass hier Grenzen ohne Friedensvertrag





neu gezogen werden sollen, so auch das OB: „Wer gegen die Eroberungen Hitlers mit allen Kategorien des Völkerrechts opponiert hat, kann jetzt nicht die Eroberungen Stalins billigen.“

7. Dezember 1970: In Warschau unterzeichnet Brandt den Deutsch-Polnischen Vertrag, der von vielen wie eine faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aufgefasst wird. Das OB titelt: „Halbmast für Deutschland.“

3. Mai 1971: Walter Ulbricht tritt als Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED ab, Erich Honeker wird sein Nachfolger. Das OB sieht den neuen Machthaber mit Misstrauen: „Dem in der Natur hereinbrechenden Sommer zieht ein politischer Eisberg entgegen.“



3. September 1971: Die Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs schließen das „Vier-Mächte-Abkommen“ über Berlin. Das OB begrüßt darin enthaltene Reiseerleichterungen, mahnt jedoch: „Eine Regelung mit Mauer und Schießbefehl ist absolut unannehmbar.“

27. April 1972: Ein Misstrauensvotum gegen Kanzler Brandt scheitert knapp, das OB spricht vom „zweifelhaften Sieg“. Jahrzehnte später sollte sich herausstellen: Es waren Stasi-Schmiergelder im Spiel. Die folgende Bundestagswahl brachte dennoch einen Sieg der SPD/FDP-Koalition.

21. Dezember 1972: Bonn unterzeichnet den „Grundlagenvertrag“ mit der DDR, der einer faktischen Anerkennung gleichkommt. Das OB sieht darin einen weiteren Schritt

zur Zementierung der deutschen Teilung und fragt: „Weshalb geht die Opposition nicht nach Karlsruhe?“

31. Juli 1973: Das Bundesverfassungsgericht legt fest, dass das Deutsche Reich bis zu einem Friedensvertrag in seinen Grenzen von 1937 fortbestehe.

18. September 1973: Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR treten der Uno bei. Das OB bleibt skeptisch: „Dass ausgerechnet die Aufnahme des Spalterstaates, der DDR, und ihre damit verbundene internationale Anerkennung diesen Prozess beschleunigen soll, diese Skepsis ist nicht nur in deutschen Ländern ... weit verbreitet.“

7. Mai 1974: Nach Bekanntwerden der Stasi-Tätigkeit seines engsten Beraters Günter Guillaume tritt Kanzler Brandt zurück. Das OB sieht ihn zu Unrecht als „Großen Mann“ verherrlicht: „Wir haben

Brandt während seiner Amtszeit keine Blumen gereicht, wir brauchen ihm auch jetzt keine Kränze zu flechten.“ Helmut Schmidt (SPD) wird Nachfolger.

1. August 1975: 35 Staaten unterzeichnen in Helsinki die KSZE-Schlussakte. Darin werden Menschenrechte fixiert, obwohl klar ist, dass die östlichen Unterzeichnerregierungen diese niemals einhalten würden. Ihnen ging es allein um die Festlegung der bestehenden Grenzen und Machtbereiche. Das OB kritisiert: „Trotzdem machen alle westlichen Mächte das Täuschungsspiel unter gewaltigem Aufwand mit.“

Dezember 1979: Die Nato beschließt eine Art Ultimatum an Moskau: Entweder leiten die Sowjets Schritte ein, um ihren Vorsprung bei Mittelstreckenraketen bis

1983 abzubauen, oder das West-Bündnis rüstet nach („Doppelbeschluss“). Mitinitiator ist Kanzler Schmidt, gegen den sich eine linke, innerparteiliche Opposition bildet, die ihn später stürzen wird. Das OB bemerkt schon 1979 „Jagdszenen aus dem Unterholz“ der SPD.

August 1980: Unter Führung der neuen Gewerkschaft „Solidarität“ des Lech Walesa bricht von Danzig ausgehend in Polen eine Streik- und Protestwelle los. Die ersten Hoffnungen keimen, dass der Kalte Krieg doch überwunden werden könnte. Das OB mahnt: „Die Deutschen müssen ihre Verantwortung gegenüber dem polnischen Volk und den dort lebenden Deutschen klar sehen. Breschnev muss merken, dass der Ostblock ohne Zugeständnisse an die Menschen isoliert wird.“



Ihrer Leistungen stets gewahr

Diese Zeitung sieht es als ihre Aufgabe an, ostpreußische Persönlichkeiten immer wieder in Erinnerung zu rufen

Literatur, Philosophie, Architektur oder Naturwissenschaften; die Wiege vieler deutscher Kulturschaffenden stand in Ostpreußen. Dafür, dass diese Kulturregion samt ihrer Bewohner nicht in Vergessenheit gerät, sorgt diese Zeitung regelmäßig mit Beiträgen.

„Ohne Begeisterung geschah nichts Großes und Gutes auf dieser Erde“, hat der ostpreußische Denker Johann Gottfried Herder einmal bemerkt. Und Großes und Gutes haben viele Menschen geleistet, die in Ostpreußen das Licht dieser Welt erblickt haben. So Johann Gottfried Herder selbst. Er wurde 1744 in dem kleinen Städtchen Mohrun geboren. 1778 erschienen seine „Volkslieder“, die später unter dem Titel „Die Stimmen der Völker in Liedern“ bekannt wurden und zu den unstreitig bedeutendsten Werken Herders zählen. Herder war es schließlich, der die Völker durch Hinweise auf ihre eigene Sprache und Kultur zur Besinnung auf ihre nationalen Werte, zu einem nationalen Bewusstsein führte. Er starb 1803 in Weimar.

Neben dem 1473 in Thorn geborenen Astronomen Nicolaus Copernicus, der im ostpreußischen Frauenburg wirkte und mit seinem Werk über die Bewegung der Himmelskörper das damalige Weltbild erschütterte, ist als großer Denker Ostpreußens vor allem Immanuel Kant zu nennen, der 1724 in Königsberg geboren wurde und als erster deutscher Philosoph alle seine Briefe und Werke in deutscher Sprache verfasste.

Kants Schriften und Lehren, darunter Werke wie die „Kritik der reinen Vernunft“, „Kritik der praktischen Vernunft“, „Kritik der Urteilskraft“ und das „Tractat zum ewigen Frieden“, sind über die ganze Welt verbreitet. Noch heute haben Kants Forderungen an den Menschen, wie etwa der kategorische Imperativ, in dem er sagt: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte“, nicht an Gültigkeit verloren.

Auch eine ansehnliche Reihe von Dichtern und Schriftstellern hat Ostpreußen hervorgebracht. Eng mit Berlin verbunden war das Leben und Wirken E. T. A. Hoffmanns, der zu den interessantesten Figuren des 18. und 19. Jahrhunderts zählt. Das dichterische Werk des 1776 in Königsberg geborenen Hoffmann wird heute als Abgesang der Romantik gesehen. Lässt sich auch sein Leben im Rahmen dieser Ausführungen kaum umreißen, so ist es doch ungleich schwerer, sein vielschichtiges Werk auch nur andeutungsweise einzuordnen. Auf seinem Grabstein auf dem Jerusa-

lemer Friedhof in Berlin vermerken seine Freunde: „Kammergerichts Rath, ausgezeichnet im Amte – als Dichter – als Tonkünstler – als Maler“. In seinem literarischen Werk standen zunächst musikalische Themen im Vordergrund, wie etwa bei den Erzählungen, die er später als „Phantasiestücke nach Callots Manier“ herausgab. Neben-

falls schon sehr erfolgreichen Schlesi- er Gerhart Hauptmann verglichen. Es musste Regisseure wie Jürgen Fehling kommen, die seinen wahren Wert entdeckten, die erkannten, dass der Ostpreuße tatsächlich „der Balzac des Ostens“ war, wie Paul Fechter in seiner „Geschichte der deutschen Literatur“ feststellte. Bis in unsere Zeit wurden seine „Li-

hen hatte: die Zerstörung ihrer Vaterstadt, die Flucht Ende Januar über die eisige Ostsee nach Dänemark, den Verlust aller Habe, das Lagerdasein. Nach einigen weiteren Stationen fand sie 1953 eine eigene kleine Wohnung in Bad Nenndorf am Deister, wo sie bis zu ihrem Tod 1964 ihren Lebensabend verbrachte.

eindrucksvolles Zeugnis dieser Zeit, 1948 siedelte Wiechert in die Schweiz über, wo er 1950 in Urien starb.

Zu den herausragenden Künstlern aus Ostpreußen gehören Lovis Corinth und Käthe Kollwitz. Groß und vielgestaltig ist das Werk von Lovis Corinth, der 1858 in Tapiau geboren wurde. Schon zu Lebzei-

Berlin als Hauptstadt war auch stets ein Anziehungspunkt für Architekten. Viele von denen, die in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts das Gesicht der Metropole prägten, kamen aus Ostpreußen: Erich Mendelsohn aus Allenstein, die Brüder Max und Bruno Taut aus Königsberg wie auch Martin Wagner, der als Stadtbaurat wirkte.

Zu den namhaften Wissenschaftlern, deren Wiege in Ostpreußen stand, zählt Otto Wallach aus Königsberg (1847–1931). 1910 wurde er mit dem Nobelpreis für Chemie ausgezeichnet. Seine Lebensaufgabe sah er in der Erforschung der ätherischen Pflanzenöle. In Gaffken, Kreis Fischhausen, wurde 1864 Wilhelm Wien geboren. Er gilt als Wegbereiter der Quantenphysik und erhielt für seine Forschungen 1911 den Nobelpreis für Physik. Wien starb 1928 in München an den Folgen einer Operation. Als „Vater der Atomforschung“ gilt Arnold Sommerfeld, geboren 1868 in Königsberg. Er entwickelte die Grundlagen der Mehrfachquantelung der Spektrallinien. Ein tragischer Verkehrsunfall beendete 1951 sein Leben in München.

Auch im Bereich der Musik hat Ostpreußen besondere Persönlichkeiten hervorgebracht. 1810 wurde Otto Nicolai in Königsberg geboren. Seine wohl bekannteste Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ steht immer wieder einmal auf dem Spielplan auch der großen Häuser. 1837 ging er als Kapellmeister des Kärntner-Theaters nach Wien. Das Musikleben an der Donau belebte Nicolai nicht zuletzt auch durch die Gründung der Philharmonischen Konzerte. 1849 wurden die „lustigen Weiber“ in Berlin zum ersten Mal aufgeführt. Keine drei Monate später erlag Nicolai den Folgen eines Gehirnschlags.

William Shakespeare inspirierte noch einen anderen ostpreußischen Komponisten, den Königsberger Hermann Gustav Goetz. Er schrieb die Oper „Der Widerspenstigen Zähmung“, die 1874 in Mannheim uraufgeführt wurde. 1876, nur wenige Tage nach seinem 36. Geburtstag, starb Goetz in Hattingen bei Zürich.

„Ich glaube, dass es das Ostpreußen Beste ist, dass er sich selbst nicht aufgibt und dass er nicht des Scheines wegen nachgibt, sondern den Mut und die Kraft hat, er selbst zu sein.“ Diese Worte des Schauspielers Paul Wegener mögen über dem Leben aller der Männer und Frauen stehen, die mit ihrem Schaffen weit über die Grenzen ihrer Heimat Ostpreußen hinaus gewirkt haben und deren Spuren bis heute nicht verweht sind. *Silke Osman*



Ostpreußische Kulturschaffende: Otto Nicolai, E.T.A. Hoffmann, Käthe Kollwitz, Immanuel Kant, Lovis Corinth, Agnes Miegel, Nicolaus Copernicus, Hermann Sudermann

Bilder (8): Archiv

bei arbeitete Hoffmann in dieser Zeit auch an seiner Oper „Undine“, für die später kein Geringerer als Karl Friedrich Schinkel das Bühnenbild entwarf.

Seine Kollegen und Zeitgenossen schildern Hoffmann als glänzenden Juristen mit kristallklarer Logik und kühlem Verstand. In der Berliner Zeit entstanden die schönsten seiner Erzählungen, die er in den Bänden „Die Elixier des Teufels“ und „Die Serapionsbrüder“ zusammengefasst hat. Die Erzählung „Meister Martin der Küfer und seine Gesellen“ hat übrigens Richard Wagner zu seiner Oper „Die Meistersinger“ angeregt. Nur 46 Jahre alt starb Hoffmann 1822 in Berlin.

Nur ausgesuchte Kenner der Literatur hingegen beschäftigen sich heute noch mit dem Werk eines Mannes, der als erfolgreichste und zugleich als der umstrittenste seiner Zeit gilt: Hermann Sudermann. Der 1857 in Matzken, Kreis Heydekrug, geborene Sudermann wurde gern mit dem damals eben-

tauschen Geschichten“ mehrfach verfilmt, wie etwa „Die Reise nach Tilsit“, und auch für das Fernsehen bearbeitet. Hermann Sudermann starb 1928 in Berlin.

Aus neuerer Zeit sind zwei Namen zu nennen, die in einem solchen Überblick keinesfalls fehlen dürfen: Agnes Miegel und Ernst Wiechert. Geboren wurde Agnes

Ernst Wiechert wurde 1887 im Forsthaus Kleinort, Kreis Sensburg, geboren. Diese Umgebung, die Landschaft und ihre Menschen haben ihn entscheidend geprägt. So lautet der Titel eines seiner Bücher denn auch „Wälder und Menschen“, der eines anderen „Das einfache Leben“. 1930 ging der Ostpreuße nach Berlin, schied je-

ten erfuhr der Maler zahlreiche Ehrungen: 1915 wurde er zum Präsidenten der Berliner Sezession gewählt, 1918 zum Professor und 1925 zum Ehrenmitglied der Münchner Akademie ernannt. 1925 war auch das Jahr seines Todes, der ihn auf einer Reise nach Holland in Zandvoort ereilte.

Käthe Kollwitz, 1867 in Königsberg geboren, stand ihrem Mann, der als Kassenarzt in Berlin wirkte, stets zur Seite und lernte so das Elend der Zeit kennen. 1919 wurde Kollwitz zum Mitglied der Akademie der Künste ernannt und ihr der Professorentitel verliehen. Zehn Jahre später zeichnete man sie mit der Verleihung des Ordens pour le mérite aus. 1933 allerdings wurde sie ihres Amtes als Lehrerin der Meisterklasse für Graphik entbunden. Bis Kriegsende durften ihre Werke in Deutschland nicht mehr ausgestellt werden. 1945, kurz vor Kriegsende, starb Käthe Kollwitz, die wegen des Bombenhagels aus Berlin geflohen war, in Moritzburg bei Dresden.

»Ich glaube, dass es das Ostpreußen Beste ist, dass er sich selbst nicht aufgibt« Paul Wegener, Schauspieler

Miegel, die bereits zu Lebzeiten von ihren Freunden und Verehrern den Beinamen „Mutter Ostpreußen“ nach einem ihrer Gedichte erhielt. 1879 in Königsberg, Ehrungen, mehrere Literaturpreise und die Ehrendoktorwürde der Albertus-Universität würdigten das Schaffen der Schriftstellerin und Dichterin, die mit ihrer starken medialen Begabung vieles vorausgese-

doch nach drei Jahren aus dem Schuldienst aus und übersiedelte zunächst nach Ambach am Starnberger See, später hat er zwölf Jahre mit seiner zweiten Frau Lilije auf Hof Gagger bei Wolfratshausen leben und schaffen dürfen. 1938 allerdings wurde Ernst Wiechert für Monate im Konzentrationslager Buchenwald gefangen gehalten. Sein „Totenwald“ ist ein

13. Dezember 1981: In Polen wird das Kriegsrecht verhängt, die „Solidarität“ verboten. Doch im Osten ist dennoch jetzt nichts mehr so wie vor dem August 1980, analysiert das *OB*. „Wie immer sich die Entwicklung in Polen auch gestalten wird, der erfolgreiche Freiheitskampf der polnischen Bevölkerung bedeutet für die Russen eine verlorene Schlacht.“

17. September 1982: Die SPD/FDP-Koalition zerbricht, am 1. Oktober wird Helmut Kohl (CDU) von Union und FDP zum Kanzler gewählt. Das *OB* hofft jetzt auf „Politik aus neuem Geist“ und fordert die versprochene „geistige und moralische Wende“ ein.

6. März 1983: Bei der Bundestagswahl wird Kohl bestätigt, die Grünen ziehen erstmalig ins Parlament ein. Das *Ostpreußenblatt* kommentiert prophetisch: „Auch die Grünen werden sehr bald erkennen, dass Dialektik und Protest allein in Bonn wenig zu bewirken vermögen.“

11. März 1985: Michael Corbatschow wird Generalsekretär der KPdSU. Das *OB* bleibt zunächst vorsichtig, vorsichtiger als der neue Kreml-Chef selbst, was diesen später die Macht kosten soll. „Corbatschow lebt nicht freischwebend – und es wird Zeit brauchen, bis selbst ein Mann mit viel Energie die ‚Nomenklatura‘ auf seine Vorstellungen zuschneidet.“

10. September 1987: Erich Honecker besucht Bonn. Das *OB* betrachtet den Ablauf der Visite mit durchaus gemischten Gefühlen: „Der oftmals wenig würdevoll wirkende Andrang bestimmter Kreise um Honecker erinnert fatal an Lenins Satz, wonach die Kapitalisten auch noch den Strick liefern, an dem sie eines Tages aufgehängt werden.“

17. Januar 1988: 120 Oppositionelle werden bei einer „alternativen“ Rosa-Luxemburg-Demo in Ost-Berlin, die parallel zur offiziellen SED-Kundgebung stattfindet, festgenommen. Vorausschauend ahnt das *OB*: „Den Mächtigen in der DDR werden alle diese Einschüchterungsversuche nichts nützen. Die Verhältnisse in ihrem Land sind eben so, dass sich ständig neue Unruherden bilden. Keine Gewaltherrschaft kann ewig währen. Die Ruhe in der DDR ist dahin.“

2. Mai 1989: Ungarn öffnet formell die Grenze zu Österreich. Der Ostblock beginnt zu erodieren, der Flüchtlingsstrom schwillt an. Das *OB* hält die Zeit für gekommen und fordert Bonn auf, „nach einem Konzept zur Überwindung der deutschen Teilung zu suchen.“

19. August 1989: Etwa 900 DDR-Bürger nutzen ein Picknick der Paneuropa-Union nahe dem ungarischen Ödenburg zur Massenflucht nach Österreich. Das *Ostpreußenblatt* titelt: „Jetzt ist die Einheit fällig.“

30. September 1989: Die über 6000 DDR-Flüchtlinge in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau dürfen ausreisen. Angesichts des bevorstehenden 40. Jahrestages der DDR meint das *OB*: „Da kann man jedem Redner an diesem Wochenende nur zu dem Mut beflügeln, nach positiven und euphorischen Floskeln zu suchen, obwohl die DDR als endgültig gescheitert angesehen werden muss.“

7. Oktober 1989: Massenproteste verhängeln den „Geburtstag der Republik“ in Ost-Berlin. Das *OB* titelt vorausschauend: „Wiedervereinigung: Die Nation Deutschland lebt!“

18. Oktober 1989: Erich Honecker tritt zurück. Egon Krenz wird neuer SED-Chef. Das *OB* fragt: „Wer hat Angst vor der Einheit?“

28. November 1989: Kanzler Kohl präsentiert einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit. Dem *Ostpreußenblatt*



Auf zu neuen Lesern

Mit dem Fall der Mauer 1989 erweiterte sich die Zielgruppe für diese Zeitung um Tausende

Mit dem Niedergang des Ostblocks konnten die Vertriebenen nicht nur leichter in ihre Heimat reisen, auch jene von ihnen, die es nach Flucht und Vertreibung auf den Boden der späteren DDR verschlagen hatte, konnten sich erstmals landsmannschaftlich organisieren.

Das Auto war bis oben voll gepackt mit *Ostpreußenblättern*, sogar auf dem Schoß hatte Friedhelm Schülke einen Packen Zeitungen. Bang schlug ihm und seinem Chef Manfred Schukat, der den Wagen fuhr, das Herz, als sie Ende Januar 1990 die Grenze zurück in die DDR passierten. Das, was sie taten, war verboten, denn Vertriebene durften sich im sozialistischen Osten Deutschlands nicht organisieren, doch den beiden Männern war das egal. Angetrieben von einer neu erweckten Energie, die ihnen das Gefühl vermittelte, dass nach all den Jahren des Versteckens nun ihre Zeit gekommen sei, wagten sie mit ihrer verbotenen Ladung die Provokation der Soldaten. Doch diese ließen sie ohne ein Wort die seit dem 9. November 1989 durchlässige deutsch-deutsche Grenze überfahren.

Es muss in den ersten Tagen des Jahres 1990 gewesen sein, als die

Ostpreußenblatt illegal in die DDR überführt

beiden in Anklam lebenden Ostpreußen auf einer Veranstaltung in Neubrandenburg dem damaligen Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Staatssekretär Dr. Ottfried Hennig, begegnet waren. Dieser hatte die beiden ermuntert, doch einmal die Geschäftsstelle der LO und die Redaktion des *Ostpreußenblattes* in der Parkallee 84/86 in Hamburg zu besuchen. Als sich dann Anfang 1990 ein Geschäftstermin mit einer westdeutschen Großhandelsfirma in Hamburg-Schnelsen abzeichnete, entschieden sich Schukat und Schülke, diesen mit einem Besuch in der Parkallee zu verbinden. Am Freitag, dem 26. Januar 1990, so ist im Fahrtenbuch der beiden Geschäftspartner noch heute zu lesen, war es dann so weit. Noch heute erinnern sich der Landesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern, Manfred Schukat, und sein Mitarbeiter Friedhelm Schülke, dass man sie in Hamburg herzlich empfangen und ihnen zahlreiche Kartons mit Zeitungen mitgab, die sie dann erfolgreich über die deutsch-deutsche Grenze in die DDR überführten.

Zwar hätten die *Ostpreußenblätter* weit über die Stadtgrenzen An-



Notunterkünfte für Vertriebene in Brandenburg 1949: Das Thema Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten war in der DDR tabu. Bild: Bpk

Das Vertriebenenzuwendungsgesetz von 1994

Die ostdeutschen Heimatvertriebenen, die nach Flucht und Vertreibung anlässlich des Zweiten Weltkrieges im von den Westalliierten verwalteten Teil Deutschlands Aufnahme fanden, wurden 1952 wenigstens symbolisch entschädigt. Zwar konnte das Gesetz über den Lastenausgleich nicht alle materiellen und ideellen Verluste aufwiegen, doch die Geste, jenen Deutschen, die infolge des Zweiten Weltkrieges und seiner Nachwirkungen Vermögensschäden oder andere Nachteile erlitten hatten, entgegenzukommen, war getan.

Ihre Verwandten und Nachbarn aus der ostpreußischen, schlesischen oder sudetendeutschen Heimat, die es aber in den von der Sowjetunion verwalteten Teil Restdeutschlands verschlagen hatte, konnten von einer finanziellen Entschädigung nur träumen. Sie hatten zu akzeptieren, dass sie offiziell nur „Umsiedler“ waren. Flucht und Vertreibung war ein Tabuthema, über das nur im kleinen Kreis gesprochen wurde. Die Gründung von Vertriebenenvereinen war in der DDR unvorstellbar.

klams hinaus reißenden Absatz gefunden, doch bis zur Gründung von Ortsgruppen sei es noch ein weiter Weg gewesen, erinnert sich Schülke. Zwar war das Interesse an der in der DDR zwangsweise verdrängten Identität durchaus vorhanden, doch bloßes Interesse ist noch kein Engagement, ohne aktives Engagement lässt sich kein lebendiges Vereinsleben aus dem Nichts aufbauen.

Ein Blick in die alten Ausgaben des *Ostpreußenblattes* zeigt, dass es 1990 noch kaum Aktivitäten von Heimatvertriebenen in der noch bis zum 3. Oktober 1990 auf dem Papier existierenden DDR gab.

„Im Wahlkampf zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 haben wir in unseren Lokalzeitungen erstmals eine Meldung veröffentlicht“, erinnert sich

Schülke. „DSU für Ostpreußen“: Unter Angabe ihrer persönlichen Adresse wagten die beiden Mitglieder der Deutschen Sozialen Union (DSU), die im Bündnis mit der CDU und dem Demokratischen Aufbruch (DA) das „Bündnis für Deutschland“

Erst 1991 wurde in den neuen Bundesländern zögerlich die ersten Ortsvereine gegründet – Hilfe des Westens war erwünscht

bildete, den Schritt in die Öffentlichkeit. „Es gab aber noch die DDR-Gesetze, wonach Landsmannschaften verboten waren. Aber wir bekamen Zuschriften ohne Ende und haben hunderte *Ostpreußenblätter* verschickt. Damals haben wir

Als 1990 die beiden verbliebenen Teile Deutschlands vereinigt wurden, lag eine finanzielle Entschädigung in weiter Ferne. Da keine historisch gewachsene Interessensvertretung existierte, dauerte es bis zum 27. September 1994, bis nach langem politischen Kampf das Vertriebenenzuwendungsgesetz 4000 D-Mark für jeden vorsah, der in das Raster der von der Politik vorgesehenen Bestimmung passte. Das Geld gab es nur für jene, die bis zum 30. September 1995 ihren Antrag einreichten. Außerdem mussten sie akzeptieren, dass sie mit dieser Zuwendung alle weiteren innerstaatlichen Ansprüche auf Entschädigung der materiellen Schäden und Verluste, die mit den Ereignissen und Folgen des Zweiten Weltkrieges in Zusammenhang standen, verzichteten.

Insgesamt wurden auf diesem Weg 2,1 Milliarden D-Mark ausgezahlt. Das bezüglich der anspruchsberechtigten Personen deutlich weiter gefasste Lastenausgleichsgesetz von 1952 zahlte bis 1982 115 Milliarden D-Mark aus. Bel

sehr viele Kontakte geknüpft, die zum Teil bis heute bestehen. Aus dieser Zeit existieren viele persönliche Briefe“, fügt Schukat hinzu.

Doch wirklich los ging es am 9. März 1991 im Theater in Anklam. Wilhelm v. Gottberg, damals Stell-

über ihre Rechte bezüglich eines Lastenausgleiches auf.

Nicht nur in Anklam fanden sich nach Veranstaltungen wie diesen einige Freiwillige, die die Gründung eines Ortsvereines übernahmen. Doch es wäre falsch, anzunehmen, dass mit dem Ende der DDR die Heimatvertriebenen wie befreit sich sofort an den Aufbau einer Interessensvertretung mit einem aktiven Vereinsleben zur Wahrung der ostdeutschen Tradition gemacht hätten. „Die Menschen waren nach all den Jahren unter der Fuchtel des SED-Regimes entpolitisiert“, erklärt Wilhelm v. Gottberg die Tatsache, dass die Gründung von Vereinen nur so langsam voranschritt. Alte *Ostpreußenblätter* enthalten überraschend wenige Berichte über

vertretender Sprecher der LO, stellte vor 800 Gästen, wie das *Ostpreußenblatt* damals über die Veranstaltung berichtete, und im Beisein einer neugierigen Regionalpresse die LO vor und klärte die versammelten Heimatvertriebenen

eines „gemeinsamen deutsch-russischen Neuanfangs“ auf.

20. Juni 1991: Denkbar knapp entscheidet der Bundestag, Regierung und Parlament wieder nach Berlin zu verlagern. Das OB: „Berlin wird Brücke zu Osteuropa sein.“



25. Juni 1991: Slowenien und Kroatien erklären ihre Unabhängigkeit, Serbien antwortet mit Gewalt, der erste Balkankrieg bricht aus. Das OB ist entsetzt: „Kroatien stirbt – Europa schaut zu.“

19. bis 21. August 1991: Putsch gegen Michael Gorbatschow scheitert, Jelzin ist

neuer starker Mann in Moskau. Das OB schöpft Hoffnung aus dem Untergang der Kommunisten, der auch dem nördlichen Ostpreußen Nutzen bringen könne.

11. Dezember 1991: In Maastricht beschließen die EG-Regierungen eine „Wirtschafts- und Währungsunion“, das Ende der D-Mark wird eingeläutet. Das OB hat böse Ahnungen: „Der Zahlmeister Deutschland soll künftig dem großen Gleichmacher Ecu (Vorläufername des Euro, d. Red. 2010) fröhnen.“

21. Dezember 1991: Das Ende der UdSSR wird beschlossen, ihre letzte Stunde soll zum Jahreswechsel schlagen. Die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS) tritt an ihre Stelle. Auch die baltischen Länder bekommen ihre bereits vor Monaten ausgerufenen Souveränität aus Moskau

bestätigt, sie bleiben der GUS fern. Im OB lesen wir verhalten optimistisch: „Das alte Russland meldet sich in die Geschichte zurück.“

4. Oktober 1993: Putschversuch gegen Jelzin scheitert. Das OB warnt noch während des Putsches vor einer möglichen weiteren Eskalation der Stimmung in Moskau, wenn der Westen die Ausdehnung der Nato ungehemmt weiter betreibt: „Russland fürchtet die Isolation.“



27. September 1998: Kanzler Kohl wird abgewählt, die Union stürzt in eine tiefe Krise. Während sich Rot-Grün noch ungetrübt Feiern laune hingibt, ahnt das OB bereits in der Woche nach der Wahl: „Der noch zu wählende Bundeskanzler Schröder ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden.“

zufolge ist es angesichts all des Freudentums an der Zeit, innezuhalten: „In diesen Tagen sollten wir all derer gedenken, die an dieser deutschen Not gelitten haben, die für die gerechte Sache unseres Volkes verfolgt, inhaftiert und geschmäht worden sind.“

18. März 1990: Freie Volkskammerwahlen. Das OB stellt nach der eindeutigen Niederlage der SED/PDS fest, das Ergebnis sei ein „Plädoyer für die deutsche Einheit“.

17. Juni 1990: Gemeinsame Entschließung von Volkskammer und Bundestag zur Oder-Neiße-Grenze. Über die Rechte von Vertriebenen und der deutschen Volksgruppe östlich der Grenze wurde nicht gesprochen. Zahlreiche Abgeordnete ap-



Vereinsgründungen in den Jahren 1990 und 1991. „Obwohl die in Mittelddeutschland lebenden vertriebenen Ostdeutschen seit einem Jahr die Freiheit besonders genießen, geht die Gründung landsmannschaftlicher Gruppen nur langsam voran. 40 Jahre Reglementierungen haben ihre Spuren hinterlassen, und es fällt manchem Ostpreußen, Pommern oder Schlesier noch schwer, sich einer Landsmannschaft anzuschließen oder Verantwortung zu übernehmen“, so OB-Autor Horst Zander im April 1991 in dieser Zeitung. Zander erwähnt in dem Beitrag, dass zwar immer mehr Gruppen gegründet würden und vor allem Wilhelm v. Gottberg sich stark hierfür einsetze, doch trotzdem bittet er Landsleute aus Westdeutschland beim weiteren Aufbau um Unterstützung. Trotz allem: „Die Organisationsstruktur im Osten der heutigen Bundesrepublik Deutschland ist bis heute sehr grobmaschig geblieben“, so Wilhelm v. Gottberg.

Ein Blick auf die Entwicklung der Abonnentenzahl dieser Zeitung zeigt, dass diese bis zur Mitte der 90er Jahre einen sprunghaften Anstieg um mehrere Tausend Leser aus dem Osten des Landes nahm, doch

Zeitung dokumentiert Entwicklung des Vereinslebens

schon in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts ebte das Interesse ab. Ein Grund hierfür dürfte auch die Tatsache sein, dass vor allem das Interesse an Lastenausgleich groß war. Hierfür setzte sich die Herausgeberin dieser Zeitung, die LO, ein. „Keine Menschen zweiter Klasse“, lautete ein Artikel zu diesem Thema im OB. Nach langen politischen Auseinandersetzungen wurde 1994 vom Bundestag das Vertriebenenzuwendungsgesetz beschlossen (siehe Kasten). Bei so manchem, der daraufhin 4000 D-Mark erhalten hatte, erlachte das Engagement zur Vereinsarbeit. Auch dürfte es manche abgestoßen haben, dass sich in manchen Ortsvereinen und sogar Landesgruppen der LO, aber auch des in den neuen Bundesländern stark vertretenen Bundes der Vertriebenen (BdV) ehemalige SED-Mitglieder an die Spitze setzten. „Genossen in die Vereinen“, soll die Devise für ehemalige Mitglieder der mit der DDR ins Abschied geratene SED gelaute haben, erinnert sich ein Gründungsmitglied. „Wir sollten lieber mal nach der SED-Vergangenheit in den mitteldeutschen Vertriebenenverbänden fragen als nach der NS-Vergangenheit im BdV“, lästert es. Rebecca Bellano

Eine Verpflichtung Preußen gegenüber

Hans Heckel erklärt, warum *Das Ostpreußenblatt* zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wurde

Schon Ende der 60er Jahre wandelte sich diese Zeitung vom Organ der Landsmannschaft Ostpreußen zur unabhängigen Zeitung für Deutschland. Ein Blick in die Zukunft mahnte weitere Veränderungen an, um die Gegenwart und die Vergangenheit publizistisch weiter begleiten zu können.

„Das ist ja eine tolle Zeitung, die Sie da machen. Der politische Teil, die Geschichte, die Kultur und alles – ganz wunderbar. Aber ich bin ja leider kein Ostpreuße, also ist das wohl nichts für mich.“ Kein Mitarbeiter des *Ostpreußenblattes* (OB), der diesen Satz nicht zum Haare-raufen oft gehört hatte. Es schien fast, als hemme diese Menschen eine unerklärliche Scham, als wollten sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines fremden Stammes einmischen, gerade weil sie ihn und die von seinem Verband herausgegebene Zeitung achteten.

Einigeln im Kokon einer »reinen Heimatzeitung«?

Natürlich hatte man längst ein Gegenargument: „Na und? Muss man denn Hesse sein, um die ‚Frankfurter Allgemeine‘ lesen zu dürfen?“ Es half nichts.

Bekanntlich gab (und gibt) es zahllose Vertriebenen- und auch west- und mitteleuropäische Heimatzeitungen, die sich bewusst ausschließlich auf die Pflege der Kultur und des Gedächtnisses ihrer Region beschränkten. Auch für Ostpreußen existiert eine ganze Reihe solcher oft ausgezeichnete Periodika. Doch das OB war schon seit den 50er Jahren anders, die allgemeine Politik nahm einen breiten Raum ein, weshalb sich schon frühzeitig Leser für die Zeitung begeistern konnten, deren Wurzeln nicht östlich der Weichsel liegen.

Diesen Weg ging der langjährige Chefredakteur Hugo Willems (1912–1995), der die Zeitung von 1967 bis kurz vor seinem Tode führte, konsequent weiter. Unter ihm wurde schon Ende der 60er Jahre aus dem „Organ der Landsmannschaft Ostpreußen“ die „Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland“. Mitte der 90er Jahre aber

wurde klar: Um breitere Leserschichten zu erreichen, muss sich die Zeitung auch im äußeren Erscheinungsbild noch stärker öffnen und das, ohne ihre Richtung, ihre besondere Qualität zu verlieren.

Doch dieser Weg musste auch mit aller Behutsamkeit beschriftet werden: Für seine ostpreußischen Leser war das OB zu einem unverzichtbaren Stück alte Heimat geworden. Wer soviel verloren hat wie sie, der achtet aufmerksam auf das Wenige, das ihm noch geblieben ist. Und da nahm die Zeitung für viele einen zentralen Platz ein. Wie würden diese Leser reagieren, wenn ihnen „ihr Ostpreußenblatt“ plötzlich, geöffnet für neue Leserschichten, in neuem Gewande erschiene, mit neuem Haupttitel?

Aber den bequemeren Weg einschlagen und einfach weitermachen, das kam für Herausgeber und Redaktion nicht in Frage, denn: Natürlich hätte man sich einigeln können in den engen Kokon einer „reinen Heimatzeitung“. Doch würde das dem historischen Anspruch gerecht, dem sich eine Region wie Ostpreußen gegenübersteht? Dagegen sprach die Geschichte dieses Land-

strichs ebenso wie seine bedeutende Einbettung in die Entwicklung ganz Deutschlands: Erst mit der Erhebung des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. zum „König in Preußen“ 1701 wurde aus dem alten Herzogtum Preußen

das spätere Ostpreußen, während sich sein Name Preußen zum Titel eines Gesamtstaates mauserte, aus dem 170 Jahre später das Deutschland Bismarcks geboren werden sollte.

Aus dieser hervorgehobenen historischen Rolle ergab sich eine Verpflichtung Ostpreußens ganz Preußen gegenüber, der sich eine Zeitung, für die Geschichtsbewusstsein zu den Grundfesten zählt, nicht verschließen konnte. Dies war allen Beteiligten klar.

Hinzu kam, dass aus der mittlerweile Tausende zählenden Schar nichtostpreußischer Leser immer nachdrücklicher die Ermutung zu uns drang, doch endlich herauszukommen aus dem „Schneckenhaus“,

uns wirklich zu öffnen und auf eine breitere Basis zu stellen.

Ende der 90er Jahre waren die Würfel dann im Grunde gefallen. Doch eine Frage harpte noch der Klärung: Wie sollte das Blatt dann künftig heißen?

Disziplin bedeutet nicht »Strammstehen« oder ähnlich Banales, sondern bedeutet Einsicht in die Notwendigkeit

Heute, da der Titel seit sieben Jahren oben auf der Zeitung prangt, scheint die Frage etwas merkwürdig: Wie denn sonst?

Doch so einfach war es beileibe nicht. Vieles wurde erwogen und wieder verworfen, bis Ruth Geede, die älteste Mitarbeiterin der Redaktion, die ihre journalistische Tätigkeit bereits 1931 beim Königsberger Kinderfunk begonnen hatte, das Ei des Kolumbus auf die Spitze stellte: „*Preußische Allgemeine Zeitung*“ schlug sie vor, was nach der energischen Fürsprache des Sprechers der Herausgeberin auch in der Führung der Landsmannschaft Zuspruch fand.

Nun folgte die nächste Hürde: Wie wollen wir das umsetzen? Die zu erwar-

tenden Irritationen bei den treuen Stammeslesern nagten heftig. Andererseits ermutigte die Hoffnung auf deren „preußische Disziplin“. Disziplin bedeutet ja nicht, Preußen wissen das, „Strammstehen“ oder ähnlich Banales. Es bedeutet Einsicht in die Notwendigkeit.

Dennoch war nun viel Rücksichtnahme gefragt. Also war allen klar: Wir machen das nicht einfach von einem Tag auf den anderen. Die Menschen müssen Zeit haben, diesen schwerwiegenden Schritt zu verdauen, sonst überfordern wir zu viele.

So wurde mit der Folge vom 29. September 2001 der Titel „*Preußische Allgemeine Zeitung*“ zunächst recht klein unter „Das Ostpreußenblatt“ gestellt. Jetzt hieß es abwarten.

Die Reaktionen waren ganz überwiegend positiv:

„Voller Genugtuung und Freude sah ich es“, schrieb eine Leserin. Ein anderer Leser hingegen fand den neuen Untertitel überflüssig, das OB habe sich den Ruf einer für viel mehr Menschen als für Ostpreußen lesenswerten Zeitung längst auch mit dem alten Titel erworben.

Anderere wiesen bloß auf einen orthographischen Fehler hin: Das „s“ in „Preußische“ war ein rundes „s“, also falsch. Ein blöder Fehler, der entstanden war, weil die Druckerei plötzlich kein korrektes langes „s“ aufzutreiben konnte. Nach drei Folgen war das jedoch gelöst. Indes: Dass ein solches Detail bei vielen das einzige war, was sie erregte, bestärkte uns nur in der Gewissheit, auf dem richtigen Weg zu sein.

Die Schrift, eine Standardvariante, konnte ohnehin nicht die endgültige sein, da war man sich schnell einig. Also wurde ein Graphiker beauftragt, einen eigenen PAZ-Schriftzug zu entwerfen. Seit dem 19. Januar erschien der Untertitel nun in der Variante, die mit leichten Veränderungen bis heute gilt. Ab jenem Tag wurde der Untertitel auch deutlich größer.

Ruth Geede schlug den heutigen Haupttitel vor

Schließlich kam der große Moment: Am 29. März 2003 erklärte die Herausgeberin des OB, dass die Zeitung ab dem 19. April, dem Erscheinungstag der Osterausgabe, den Haupttitel „*Preußische Allgemeine Zeitung*“ tragen werde.

Die Leserreaktionen waren ganz überwiegend positiv bis begeistert. Einige wenige jedoch mochten den Verlust des alten

Haupttitels nicht verwenden. Hochmotivierend war allerdings, wie enthusiastisch selbst langjährige Leser mitgingen bei der alles andere als einfachen Operation: „Wir finden es großartig, dass Sie weiter in die Zukunft schauen und eine Zeitung wie das *Ostpreußenblatt* nicht einfach verschwinden lassen wollen“, schrieb eine aktive Ostpreuße, die die Zeitung nach eigenen Angaben seit der ersten Folge 1950 abonnierte. „Mutiger Schritt“ lobte ein anderer. Eine ebenfalls langjährige Leserin offenbarte, dass mit dem neuen Haupttitel gar „ein langer Wunsch“ von ihr „in Erfüllung gegangen“ sei, und eine 22-jährige Germanistin bedankte sich schlicht. Ein Leser wagte gleich den Blick auf den nächsten Schritt, der erst Jahre später folgen sollte: „An den Kiosk!“



Im Wandel der Zeit: Titelseiten dieser Zeitung aus den Jahren 2001, 2002 und 2010

24. März 1999: Im Kosovo führt Deutschland erstmals seit 1945 wieder Krieg. Im OB gehen die Meinungen diesmal stark auseinander. Es heißt – pro Kriegsteilnahme: „Die Bundesrepublik kann es nicht hinnehmen, dass vor ihrer Haustür Völkermord verübt wird.“ Kritisiert wird, dass die Operation begonnen wurde, ohne konkrete Vorstellungen über Ablauf und Folgen: „Die immer diffuser werdenden Verlautbarungen lassen erkennen, dass man sich diese Fragen reichlich spät zu stellen begonnen hat.“

18. Januar 2000: Kohl gibt wegen ungeklärter Parteispenden nach Aufforderung der Parteispitze seinen CDU-Ehrenvorsitz ab. Das OB fragt mit Blick auf die Chancen zur Erneuerung der Partei nach der Ära Kohl: „Ist die CDU noch zu retten?“

März 2000: Nach der Rücktrittsankündigung Wolfgang Schäubles tritt mehr und mehr Angela Merkel als wahrscheinliche künftige CDU-Chefin aus der Kulisse. Sie

wurde von der alten Garde der Union oft milde belächelt, das OB stellt fest: „Die alten Herren der CDU haben, das Mädchen unterschätzt.“

Sommer und Herbst 2000: Der „Kampf gegen Rechts“ erfasst die öffentliche Debatte. Das OB resümiert im Dezember kritisch: „Festzustellen ist jedenfalls, dass der ‚Aufstand der Anständigen‘ weder rechts-extreme Gewalt eindämmen konnte noch zu einer Atmosphäre jener ständig beschworenen ‚Menschlichkeit und Toleranz‘ beigetragen hat. Im Gegenteil: Hysterie, Mißtrauen und – wie im Falle Sebnitz unübersehbar – blanker Haß senkt sich über unser Land seit vergangem August.“

11. September 2001: Die Anschläge von New York und Washington erschüttern



denen demokratie- und menschenfeindliches Gedankengut ausgeht.“

1. Januar 2002: Der 1999 eingeführte Euro kommt jetzt als Bargeld, die D-Mark ver-

schwindet. Der OB-Kommentator hat sich schon im Dezember ein so genanntes „Start-Paket“ geholt mit ein paar Euro-Münzen zum Drangewöhnen. Er schreibt allerdings melancholisch: „Es ist ein trauriges Weihnachtsgeschenk. Man wohnt sich betrogen.“

19. April 2003: Erstmals erscheint diese Zeitung unter dem Haupttitel *Preußische Allgemeine Zeitung* (PAZ), seit dem Vorjahr bereits Untertitel für *Das Ostpreußenblatt*. Am selben Tag bricht der zweite Irakkrieg aus. Die PAZ ist äußerst skeptisch hinsichtlich der Washingtoner Kriegsbegehrungen: „George W. Bush begründete den Angriff mit der Behauptung, der Irak gefährde die Sicherheit der USA. Eine derart fadenscheinige Behauptung ist wohl noch nie für einen Angriffskrieg herange-

worben. Der Irak war keine Bedrohung, sondern ein Vorwand.“

1. Mai 2004: Die EU wächst um zehn neue Mitglieder, darunter Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, die Slowakei und Litauen. Doch die Neumitglieder sind sich untereinander teilweise alles andere als grün, was Zündstoff in die EU tragen könnte, warnt die PAZ: „Die erweiterte Europäische Union wird es noch zu spüren bekommen, dass die Fremdheitsgefühle zwischen den westslawischen Völkern sowie die baltischen Eigenwilligkeiten nur ein paar schreckliche Jahrzehnte hindurch zu-



Die Perspektive der *Preußischen Allgemeinen*

Die allgemeine Linksdrift der Medienlandschaft und das Internet eröffnen Raum für den dauerhaften Erfolg der PAZ

Hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* am intensiv umkämpften deutschen Medienmarkt eine Chance? Wenn ja, worin besteht diese Chance, und wie kann sie bestmöglich genutzt werden? Die These lautet: Jawohl, die *Preußische Allgemeine* kann durchaus ihren 80. und auch 100. Geburtstag erleben, wenn sie weiterhin die Zeichen der Zeit erkennt und einige Fehler vermeidet.

Die Auflagenentwicklung sagt nicht alles über das Wohl und Wehe einer Zeitung, aber sie ist doch zusammen mit dem wirtschaftlichen Ergebnis die vielleicht wichtigste Kennziffer. Was die Auflage angeht, so begann diese Zeitung 1950 eher klein, steigerte ihre Verbreitung dann aber im Laufe der 1950er Jahre rasch auf etwa 130 000 Exemplare pro Woche. Natürlich war das Interesse der Ostpreußen an ihrer Heimat fünf Jahre nach der Vertreibung nicht geringer als 15 Jahre danach, aber die wirtschaftlichen Möglichkeiten hatten sich vergrößert. Im Zuge des Wirtschaftswunders der fünfziger Jahre konnten sich viele irgendwann ein Zeitungsabonnement leisten, die das 1950 noch nicht konnten.

Seit etwa Anfang der 1960er Jahre ist diese Zeitung dann „auflagetechnisch“ nur noch zweimal gewachsen: Anfang der 1990er Jahre, als eine vierstellige Zahl neuer Bezieher in den neuen Bundesländern hinzugewonnen wurden und schließlich in der allerjüngsten Zeit durch Werbeaktivitäten im Internet seit Herbst 2009 und den Start des freien Verkaufes der Zeitung an Kiosken und im Zeitungsfachhandel seit Januar dieses Jahres.

Obwohl also die Zeitung heute kleiner ist als vor 50 Jahren, erreicht sie Woche für Woche immer noch rund 50 000 Leser, denn sie wird intensiv weitergelesen. Zudem hat sich die relative Position des Blattes verbessert: War sie noch vor 25 Jahren eine konservative Stimme unter vielen in der Landschaft der deutschen (Wochen-)Publizistik, so steht sie in diesem Bereich heute fast alleine da. Andere Medien in diesem Bereich sind entweder weit in die (links-)liberale Mitte gerückt, oder sie sind untergegangen – oder nacheinander beides. Buchstäblich an einer Hand kann man heute die gediegen-konservativen gedruckten Periodika in Deutschland abzählen.

An dieser Stelle liegen für die *Preußische Allgemeine Zeitung* Herausforderung und Chance zugleich. Nachdem sich das Blatt schon vor Jahrzehnten thematisch weit geöffnet hatte und keineswegs

nur über Ostpreußen und die unmittelbar angrenzenden Themen (etwa der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik) berichtet hatte, folgte vor etwa zehn Jahren der nächste Schritt: Das Blatt erweiterte seinen Titel und wechselte schließlich zum heutigen (ersten) Namen (siehe Seite VII).

Denn eines war klar und ist seitdem noch sicherer geworden: Der

dieses Blatt seine Chance am Markt. Vor allem zwei Gründe stehen für diese optimistische Einschätzung.

Da ist zum einen der freigewordene Raum in der „rechten Mitte“, also in demjenigen Teil des gesellschaftlichen Spektrums, den bis weit in die 1980er Jahre hinein politisch der konservative Flügel der CDU und publizistisch Medien wie der „Rheinische Merkur“, die

tel der damaligen Geschichte werden oft einfach unterschlagen. Wie viele Medien berichten so klar wie die *Preußische Allgemeine* (siehe Seite 10!) über die britischen Interventionspläne in Norwegen, denen Deutschland wirklich nur knapp zuvor kam? Und wie viele beschreiben die Kooperations-, um nicht zu sagen Kollaborationsbereitschaft, in den betroffenen Ländern so, wie sie

langer und differenzierter Diskussion 57 Prozent der Schweizer beschließen, ein Neubauverbot für Minarette in ihre Verfassung zu schreiben, aber der deutschen politischen Diskussion (auch der in den etablierten Medien) kaum mehr dazu einfällt als die Warnung vor Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Eine differenzierte Wiedergabe des Für und Wider der

einem eher unterkühlten Ton zu berichten und keineswegs über jedes Stückchen zu springen, das andere in die Höhe halten. Auch das unterscheidet uns von anderen Blättern und wird von unseren Lesern geschätzt.

Der zweite große Chance für den erfolgreichen Fortbestand der *Preußischen Allgemeinen* tut sich im Internet auf. In den vergangenen Jahren ist eine unabhängige-konservative „Bloggerszene“ entstanden, die in dem Maße wächst, wie etablierte (Print-)Medien ganze Themenbereiche vernachlässigen – von der Intergration über die demographische Entwicklung bis zur Zerstörung der Familie. Einige dieser Foren erreichen Zugriffszahlen von 25 000 und mehr am Tag – und das vielfach ohne professionell-journalistischen Auftritt, ohne feste Struktur und klare Programmatik. Die Szene ist also höchst vital, sie ist ziemlich jung, allerdings auch etwas konturenlos, um nicht zu sagen amorph.

Wenn die PAZ von diesem Strom – genauer: Von dieser Fülle an kleinen Gewässern, die in der Summe einen Strom ausmachen, auch nur einen Teil an sich binden könnte, wäre ihr auskömmliches Leben auf unabsehbare Zeit gesichert. Einfach ist das allerdings nicht, insbesondere ist es im Internet bis heute weit schwerer, Umsätze zu generieren als Aufmerksamkeit.

Und um bei stärkerem Engagement in diesem Bereich nicht selbst Profil und Kontur einzubüßen, bleiben klare Orientierungen und Wegmarken unverzichtbar. Dazu gehören die preußischen Tugenden, einschließlich der Traditionen Ostpreußens und des historischen deutschen Ostens, die diese Zeitung unverwechselbar machen.

Das andere aber – und es hängt eng mit den preußischen Werten zusammen – ist das „C“, also das spezifisch christliche Element im Wertekanon dieses Blattes. Man kann durchaus sagen: Preußisch ohne „C“ geht nicht! Die großen Gestalten Preußens waren, wenn nicht gläubige Christen (wie etwa Bismarck), dann zumindest christlich inspiriert und geprägt. Deutschland und Europa sind eben nicht von „christlichen Werten“ oder vom „christlichen Menschenbild“ inspiriert und geprägt worden, sondern vom christlichen Glauben als solchem. Die Werte und dieses Menschenbild sind keineswegs der Stempel, der Deutschland und Europa geprägt hat, sondern nur der Abdruck, den dieser hinterlassen hat. Konservatismus ohne christliche Inspiration funktioniert auf dem alten Kontinent nicht – es ist oft genug versucht worden. Und das gilt für Politik und Publizistik gleichermaßen. Konrad Badenheuer



Bild mit Symbolkraft: Der Reichstag, pardon, der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude, im Nebel

Bild: imago

klassische Vertriebenbereich, also der Kreis derer, die sich auch in der dritten Generation nach der Vertreibung immer noch so sehr für ihre Herkunft interessieren, dass sie deswegen eine Wochenzeitung abonnieren würden, reicht nie und nimmer aus, um das Überleben dieses Blattes zu sichern. Es ist ja eine bedrückende Tatsache, dass 65 Jahre danach von den Enkeln der über 14 Millionen vertriebenen und enteigneten Ost- und Sudetendeutschen weit weniger als 1 Prozent sich noch als Ost- und Sudetendeutsche verstehen. Fragt man nach konkreten Fakten als kleine Familientraditionen – etwa eigene Aktivitäten, Mitgliedschaften oder eben ein bezahltes Zeitungsabo –, dann dürfte dieser Anteil bei den heute unter 35-Jährigen mit Wurzeln im Osten (ohne die Aussiedler) sogar unter ein Promille liegen.

Was diesen traurigen Befund – der natürlich ein Kulturgut gefährdet und sich auch deutlich abhebt von der Lage etwa bei den Armeniern – erklärt, ist ein Kapitel für sich. Klar ist nur: Davon allein kann keine Zeitung leben. Und doch hat

„Welt“, die „FAZ“, der „Rheinische Merkur“ und ziemlich lange auch das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ abgedeckt und „bedient“ haben.

Dieser Bereich ist zwar eindeutig kleiner geworden, aber nicht so viel kleiner, wie die entsprechende Verschiebung der Medienlandschaft es vermuten lassen könnte. Es ist frapierend, in welchem Umfang heute

eben tatsächlich vorhanden war? Die PAZ ist fast das letzte seriöse Medium, das solche Informationen noch bietet, mit Respekt nicht nur für die deutschen Soldaten der damaligen Zeit, sondern auch mit einem abgewogenen, differenzierten Urteil über die damaligen deutschen Akteure in Politik und Diplomatie. Wir nennen das Verbrechen Verbrechen und die militärische

Debatte in der Schweiz – mit welchem Fazit dann auch immer – fand kaum statt. Dass diese Haltung nicht frei von Arroganz gegenüber einem kleinen Nachbarland ist (und sogar Parallelen zu früheren Zeiten hat, in denen man in Berlin mit Schweizer Basisdemokratie ebenfalls nichts anfangen konnte) sei nur am Rande erwähnt. So oder so: Für ein Medium, das sich um diese nachgerade absurden Selbstbeschränkungen im Denken und Schreiben nicht schert, eröffnet diese Konstellation eine sehr große Chance.

Allerdings bleibt es dabei wichtig, sich auch nicht an der „political correctness“ und den oft absurden linken Irrtümern und Tabuisierungen „abzuarbeiten“, möglicherweise in einem Ton der ständigen Empörung oder auch der Bitterkeit. Das wäre zwar naheliegend, aber es brächte zwei Probleme: Man wäre a priori in der Defensive und man ließe sich die Themen diktieren.

Die *Preußische Allgemeine* hat sich deswegen darauf verlegt, über diese „weißen Flecken“ und schiefen Bewertungen normalerweise in

Ganze Themenbereiche haben kaum mehr einen seriösen politischen Ort – das ist die große Chance dieser Zeitung

relevante Themen und Fragestellungen in der öffentlichen Diskussion einfach keinen Raum mehr finden. Das gilt für aktuelle Fragen ebenso wie für historische.

Um ein Beispiel zu nennen. Ziemlich genau 65 Jahre liegt der Skandinavienfeldzug der Deutschen Wehrmacht zurück mit Besetzung Dänemarks und Norwegens. Der Vorgang als solcher findet viel Raum in den Medien, aber ganze Teilkapi-

Leistung militärische Leistung – und das jeweils auf allen Seiten. Und wir wissen aus dem Leserecho, dass es viele gibt, die eben diese Offenheit und Breite der Berichterstattung schätzen.

Auch in der aktuellen Diskussion legt sich ein links-liberal geprägtes Meinungsklima wie Mehltau über die politische Landschaft und erstickt viele Debatten im Keim. Es ist schon ein Phänomen, dass nach

gedeckt waren, sich jedoch während der sowjetrussischen Zwangsherrschaft keineswegs aufgelöst haben.“

19. April 2005: Mit Kardinal Ratzinger als Benedikt XVI. wird erstmals seit Jahrhunderten wieder ein Deutscher Papst. Er hat Gegner, wie es scheint vor allem in Deutschland, doch die *Preußische Allgemeine Zeitung* stellt fest: „Die Gegner sind mit den Jahren weniger geworden. Entweder hat der Kardinal sie mit den besseren Argumenten überzeugt oder mit dem längeren institutionellen Atem an den Rand gedrängt. Auch sein leiser, intellektueller Charme mag dazu beigetragen haben. Jedenfalls scheut er die Debatte nicht, auch nicht mit kritischen Geistern.“



18. September 2005: Bundestagswahl, die Mehrheitsverhältnisse führen zur Großen Koalition. Die Erwartungen der PAZ fallen verhalten aus: „Was ist von der nun antretenden neuen schwarz-roten Bundesregierung zu erwarten? Union und SPD haben große gemeinsame Zukunftsentwürfe zur Besserung der Verhältnisse in dieser Republik nicht gewagt ... Das dringend gebotene Umsteuern sowohl bei der Steuer- und Finanzpolitik als auch bei der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik findet nicht statt. Ein weiter so ist angesagt.“

9. Juli 2006: Mit der Fußball-WM endet ein fröhliches, von ungezungenem Patriotismus durchwehten Dauerfest, das viele überrascht hat. Die PAZ fragt: „Hat diese einmonatige Dauer-

feier Deutschland über den Tag hinaus verändert? ... Ein Volk ist freier geworden



– im Umgang mit sich und seinen Symbolen wie mit der Welt. Viele haben sich erstmals leidenschaftlich als Teil einer Nation gefühlt.“

März 2008: Mit dem beinahe-Zusammenbruch der US-Bank „Bear Sterns“ strebt die Finanzkrise ihrem ersten Höhepunkt entgegen. Die PAZ sieht dunkle Wolken aufziehen: „Völlig offen ist, ob Re-

gierung oder Notenbanken je wieder eine Art wirksamer Kontrolle über die Finanzmärkte bekommen werden. In der gegenwärtigen Krise, ausgelöst durch den undurchsichtigen Handel mit Schuldverschreibungen auf fragwürdige Kredite, waren Ministerien und Notenbanken weitgehend ahnungslos. Dabei wird es vermutlich bis auf weiteres bleiben.“

Sommer 2008: Ein Lösung im Afghanistankonflikt rückt in immer weitere Ferne. Die PAZ bemängelt Unehrlichkeit der Politik: „Die rot-grüne Regierung unter Kanzler Schröder und Außenminister Fischer hatte Deutschland durch den Militäreinsatz in Afghanistan zu einer kriegführenden Nation gemacht – ohne den Bürgern zu eröffnen, was dies

nach dem Kriegsvölkerrecht wirklich bedeutet. Das Kabinett Merkel geht mit den Bürgern nicht ehrlicher um. Noch immer wird die Vorspiegelung aufrecht erhalten, am Hindukusch sei eine Art Technisches Hilfswerk im Einsatz, abgesichert durch einige Soldaten.“

27. September 2009: Schwarz-Gelb gewinnt die Bundestagswahl. Schon kurz darauf bemerkt die PAZ verblüfft: „Überschneidend holprig und auch kleinteilig begann die neue, schwarz-gelbe Bundesregierung. Über durchgreifende Reformen besteht keine Einnigung, die dringend notwendige Sanierung der Staatsfinanzen wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.“



Zusammengestellt von Hans Heckel



An geschichtsträchtigem und repräsentativem Ort ging es dennoch durchaus erdverbunden und preußisch-bescheiden zu: Beim Empfang im Hotel Hilton am Berliner Gendarmenmarkt (M.) stärkten sich die Geburtstagsgäste der *Preußischen Allgemeinen* beim Empfang zum 60-jährigen Bestehen dieser Zeitung mit Kartoffelsuppe (l.). Bilder (4): Pawlik

Eine Feier in preußischer Bescheidenheit

60 Jahre *Preußische Allgemeine Zeitung* – Rückblick, Ausblick und schon jetzt genug Substanz für weitere runde Geburtstage

Etwa 200 geladene Gäste kamen zusammen, um im Herzen Berlins das 60-jährige Bestehen dieser Zeitung zu feiern. Einmal mehr wurden die ostpreußischen Wurzeln sichtbar, aus denen in den zurückliegenden Jahren die breit aufgestellte *Preußische Allgemeine Zeitung* hervorgegangen ist.

In feierlicher, aber auch preußisch-nüchterner Stimmung hat die Herausgeberin dieser Zeitung, die Landsmannschaft Ostpreußen, das 60-jährige Bestehen der aus dem *Ostpreußenblatt* hervorgegangenen *Preußischen Allgemeinen Zeitung* gefeiert. Gäste aus dem In- und Ausland diskutierten über die Geschichte und Zukunft des Blattes, vor allem aber über gesellschaftliche und allgemeinpolitische Herausforderungen der Bundesrepublik Deutschland, die ja seit vielen Jahren nicht weniger intensiv im Fokus der Berichterstattung dieser Zeitung stehen als das „Ur-Anliegen“ der Gerechtigkeit für Ostpreußen.

Musikalisch umrahmt vom Cellistenduo David Drost und Rouven Schirmer von der Berliner Cellharmonikern wechselte der Fokus mehrfach von übergreifend-konservativen Anliegen mit teilweise gesamteuropäischer Größe zu ganz spezifisch Ostpreußischem. Wie weit dabei der übernationale Ansatz gediehen ist, zeigte die Anwesenheit eines Vertreters der russischen Botschaft, aber auch das schriftliche Grußwort des litauischen Botschafters (vgl. Seite 10). Ein Grußwort von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer verlas LO-

Schatzmeister Friedrich-Wilhelm Böld in Vertretung von Ministerialdirektor Paul Hansel. Hansel war wie 60 weitere Gäste wegen des Vulkanasche-bedingten Ausfalls fast sämtlicher Flüge in Deutschland verhindert.

Zu denjenigen internationalen Gästen, die trotz solcher Hindernisse den Weg nach Berlin geschafft hatten, gehörte Dr. Massimiliano Lacota, der Generalsekretär der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV). In exzellentem Deutsch würdigte der Rechtsanwalt den besonderen Rang der *Preußischen Allgemeinen* unter allen Periodika mit Bezug zur Vertriebenenproblematik. Der Entwicklungsvorgang Europas seit dem Ende des Kalten Krieges sei „bislang unvollendet geblieben. Er hat bisher noch nicht die erforderliche Energie und Sicherheit hervorgebracht, um seinen Zyklus zu vollenden. Denn es fehlt in diesem verzweigten und transversalen Szenario der Wiederherstellung von Recht und Legalität in den Län-

dern, die sich entlang dem heute imaginären und anachronistischen Eisernen Vorhang anordnen, die vorbehaltlose, auch moralische Anerkennung des Unrechts und des Raubs an Millionen europäischer Bürger – wie Finnen, Estländer, Letten, Litauer, Polen, Ukrainer, Deutsche, Italiener, Ungarn und viele weitere zwischen Ostsee, Kaukasus und Mittelmeer.“ Auf das von ihnen erlittene Unrecht sei „ein Schweigen gefolgt, das heute noch andauert und das wir nur als

Vulkanasche hinderte viele Ehrengäste an der Teilnahme

unerträglich bezeichnen können“. Doch Lacota machte den Zuhörern Mut: „Glauben Sie mir, die Gerechtigkeit siegt – Gott sei Dank – immer. Über jeden Miss-

brauch von Macht, über jeden Versuch, über andere Gewalt auszuüben, und über jedes Unrecht“, schloss er seine Ausführungen unter viel Applaus.

Für seine Forschungen zur ostpreußischen Gütergeschichte wurde der Historiker Dr. Wulf D. Wagner der mit rund 7000 Euro dotierte Gierschke-Dornburg-Preis

verliehen. Die Laudatio durch LO-Vize Wolfgang Thüne und Wagners Dankesworte dokumentieren wir ausführlicher in der kommenden Ausgabe dieser Zeitung.

Unter der Überschrift „60 Jahre für Deutschland: Die *Preußische Allgemeine Zeitung* – Rückblick und Ausblick“, zeichnete der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, den nicht immer einfachen Weg vom 1950 gegründeten *Ostpreußenblatt* zur heutigen *Preußischen Allgemeinen Zeitung* nach. Entscheidend für das Überleben der Zeitung, das sei schon in den 90er Jahren klar geworden, war die Erschließung neuer Lesergruppen, denn:

„Die weltweite Ostpreußenfamilie war erschreckend geschrumpft.“ Eine der Maßnahmen dafür war die Änderung des Zeitungstitels, hinzu kamen weitere Modernisierungen von der Redaktionstechnik über die Themenpalette bis zur Internetpräsenz. Dem Dreiklang von Freiheit, Recht und Frieden sei und bleibe die Zeitung „bindend verpflichtet“.

Der Religionsphilosoph Harald Seubert nahm diese „preußische“ Wertetrias in seinem Festvortrag „Jenseits der Schweigespirale: Publizistik und Freiheit in Vergangenheit und Gegenwart“ spontan auf, denn sie korrespondierte mit der Trias von Publizität, Sittlichkeit und Wahrheit, die seinem vielfach von Applaus unterbrochenen Vortrag zugrunde lag.

Temperamentvoll spannte Seubert einen weiten Bogen von Sokrates' „Höhlengleichnis“ über die Rechtsphilosophie Immanuel Kants zu heutigen Problemen in der res publica der Deutschen, der wenig so sehr fehle wie eine konsequenter der Wahrheit und Sittlichkeit verpflichtete politische Publizistik. Begeisterte Reaktionen zeigten, dass dieser anspruchsvolle Vortrag zum Glanzlicht der Feier wurde.

Der guten Stimmung tat die flugtechnisch bedingte Abwesenheit mehrerer prominenter Gäste keinen Abbruch. In preußischer Bescheidenheit hatten die Veranstalter es zudem vorgezogen, über die Erfolge dieser Zeitung in der letzten Zeit (noch) kaum zu sprechen. Auch die Macher des Blattes nahmen sich weit zurück und blieben in Berlin fast ebenso unsichtbar wie die neuen Lesergruppen, die das Blatt schon seit Jahren erobert hat: In Berlin feierte vor allem die traditionelle „Ostpreußenfamilie“, auch wenn etwa die Hälfte der PAZ-Abonnenten erst seit 1993 begann. Die Masse der neuen Leser findet inzwischen im Internet zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung* – da bleibt genug Stoff für das nächste Jubiläum. PAZ



Wilhelm v. Gottberg: Freiheitliche Errungenschaften und nationale Identität in Einklang bringen.

»Die Macher dieser Zeitung gehen neue Wege«

Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU): Meine besten Wünsche für weitere gute Jahrzehnte – Patenschaft Bayerns bekräftigt

Ich gratuliere der Landsmannschaft Ostpreußen, ihrem Sprecher, Herrn v. Gottberg, und allen Ostpreußen zu Ihrer Zeitung. Mutig setzt sie Zeichen und gibt den ostpreußischen Landsleuten politische Orientierung. Sie hat ihr Erscheinungsbild modernisiert, bleibt aber ihrer Tradition, ihrer Aufgabe und ihren Zielen treu.

Zeitungen der Vertriebenen haben mehrere Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen. Sie sind innerverbandliches Informationsorgan und sie vernetzen die in ganz Deutschland und im Ausland verstreut lebenden Landsleute. Sie sind Bindeglied zwischen den Generationen, indem sie der jüngeren Generation von der Heimat der Eltern und Großeltern berichten, wie es einmal war und wie es heute ist. So werden die jüngeren dazu angeregt, sich mit der Hei-

mat der Vorfahren zu beschäftigen, sie zu erkunden oder Nachforschungen anzustellen.

So stiften die Zeitungen über die Vertreibung, Zerstreung und Generationen hinweg Zusammenhalt und Identität. Sie sind ferner Brücke in die alte Heimat zu

Landsmannschaft Ostpreußen, nicht nur für Ostpreußen Stellung zu nehmen, sondern dezidiert darüber hinaus Entwicklungen in Deutschland und Europa zu kommentieren. Diesen Schritt, über den eigenen Vertriebenenbereich hinaus Standort und Standpunkt zu markieren, klar und kantig, in gut preußisch-konservativer-aufklärerischer Tradition, halte ich für bemerkenswert. Die Zeitung ist nunmehr auch am Kiosk zu haben. All dies zeigt die Zukunftsorientierung der Landsmannschaft Ostpreußen und der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Ostpreußenblatt*.

Die vielfältigen Kontakte zwischen Bayern und Ostpreußen über die Jahrhunderte hinweg sind oft beschrieben worden. Sie führten über die bayerische Ostpreußenhilfe von 1915 hin zur Übernahme der Patenschaft über die Landsmann-

schaft Ostpreußen im Jahr 1978. Diese Patenschaft hat der Freistaat Bayern 2008

beim 30-jährigen Jubiläum feierlich bekräftigt. Ich stehe uneingeschränkt zu dieser Patenschaft, wie ich Herrn v. Gottberg bei unserem Gespräch im August 2009 versichert habe.

Diese Patenschaft findet vor allem ihren Niederschlag im Ostpreußischen Kulturzentrum Ellingen, das wir weiter stärken wollen. Ellingen ist das Aushängeschild ostpreußischer Geschichte und Kultur im Süden Deutschlands.

Wir stehen nunmehr 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung in der Zeitphase, in der es das zu sichern und zu bewahren

gilt, was in unendlich mühevoller ehrenamtlicher Arbeit und mit viel Einsatz und

Herzblut von den Vertriebenen geschaffen wurde. Hier bedarf es der engen Zusammenarbeit von Staat und Vertriebenenverbänden. Es bedarf aber auch der Weitsicht der Landsmannschaften, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Mir scheint, die Ostpreußen tun das, was gerade auch an der Zeitung sichtbar wird, deren 60. Geburtstag wir feiern.

Ich wünsche der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* weitere gute Jahrzehnte. Meine besten Wünsche begleiten Sie.



Horst Seehofer

Bild: ddp

Der Titel wurde geändert, die Zeitung ist nunmehr auch am Kiosk zu haben – all das zeigt Zukunftsorientierung

den Menschen, die heute dort leben, zum Beispiel in Ostpreußen zu den Deutschen, Polen, Russen und Litauern.

Herausgeber und „Macher“ des Ostpreußenblattes waren auch bereit, neue Wege zu gehen. Der Titel wurde geändert. Das ist Programm. Die Zeitung erhebt damit den Anspruch, nicht nur für die

Voller uneingeschränktem Beistand

»Für einen Zusammenhalt der europäischen Flüchtlinge und Vertriebenen«

Mit großem Respekt und uneingeschränkter Bewunderung muss das 60-jährige Bestehen eines der einflussreichsten und angesehensten Presseorgane gefeiert werden, das ein zuverlässiger Orientierungspunkt nicht nur für die Ostpreußen und für die Tausende ist, die sich mit den Aktivitäten der Vertriebenenorganisationen identifizieren, sondern auch für jene zahlreichen Leser, die eine aktuelle, präzise und „saubere“ Information zu den wichtigsten innen- und außenpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Themen Deutschlands sowie zu den bedeutendsten, die Landsmannschaft Ostpreußen betreffenden Ereignissen und Thematiken wünschen.

Dieser unverrückbare Meilenstein bezeugt die Fähigkeiten und das Engagement einer Führungsklasse, die es verstanden hat, mit der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ein Instrument korrekter und unabhängiger Information zu schaffen, zu fördern und zu interpretieren, das im nationalen Nischenverlagswesen einen vorrangigen Platz errungen hat.

Die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV), die als erster europäischer Schirm- und Schutzorga-

nismus gegründet wurde, um in koordinierter und übernationaler Form die Interessen von Millionen Bürgern der Europäischen Union zu wahren, die ihres Eigentums, ihrer bürgerlichen Rechte und der grundlegenden Freiheiten aller Menschen beraubt wurden, blickt mit Interesse auf die vom offiziellen Organ der Landsmannschaft Ostpreußen erzielten, inspirierenden Ergebnisse, weil sie sich bewusst ist, dass eine un-

gesichts der Aufgaben und der Herausforderungen, mit denen sich unsere Organisationen konfrontiert sehen werden, mit wachsender Entschlossenheit noch besser und noch stärker zu gestalten.

Der Schutz der Rechte und die Verteidigung der Interessen der europäischen Flüchtlinge und Vertriebenen, der falschen Opfernationalistischer Bestrebungen und ethnischer Säuberungen, die bis vor kurzem für die blutigen

genen Jahrhundert vergewaltigt haben, die Entbehrungen und Rechtsverletzungen, von denen viele noch heute ungeachtet der Prinzipien ja der Gründungsregeln der Europäischen Union weiter bestehen, in einer anachronistischen Scheinwelt anhaltender Gleichgültigkeit und mitschuldigen Schweigens aufrecht erhalten werden.

In diesem heiklen, aber notwendigen und demnach entscheidenden Prozess der Wende muss jeder Verband, jede Gruppierung, jeder einzelne Vertriebene seinen Beitrag leisten und der Beitrag einer angesehenen Zeitung, die größte Bedeutung und Glaubwürdigkeit besitzt, wird zweifelsohne entscheidend sein.

Im Namen aller Mitglieder der EUFV übersende ich daher die innginsten Wünsche für ein weiteres erfolgreiches Wirken im Geist dieses außerordentlichen sozialen Engagements an alle diejenigen, die mit viel Aufopferungswillen und Verantwortungsbewusstsein die Aufgabe haben werden, die *Preußische Allgemeine Zeitung* zu neuen ehrgeizigen Zielen und wohlverdienten Erfolgen zu führen.

Dr. Massimiliano Lacota,
Generalsekretär der
Europäische Union
der Flüchtlinge und Vertriebenen

Entscheidender Beitrag der PAZ für die Anerkennung der Rechte der Vertriebenen

abhängige und korrekte Information, die zu den Ereignissen, die das Leben ganzer Familien und Generationen nachhaltig bestimmt haben, sowie zu den einschlägigen, für Regierungen und Institutionen noch immer unbequemen Vereinstätigkeiten Stellung nimmt, eine unverzichtbare Kraftquelle ist.

Es ist deshalb eine explizite Pflicht der EUFV, dieser Zeitung nicht nur uneingeschränkter Beistand zu garantieren, sondern auch mit allen Kräften die künftigen Bemühungen zu unterstützen, die nötig sein werden, um sie an-

Auseinandersetzungen in weiten Teilen des Kontinents verantwortlich waren, ist heute und in Zukunft ein unumstößlicher Auftrag für die EUFV, die sich in diesen Monaten dafür einsetzt, dass diese Problematiken, die von der politischen Agenda der Europäischen Union bislang ausgeschlossen waren, zu den Prioritäten gehören, die von der EU-Regierung in Brüssel behandelt werden müssen.

Es ist unerträglich, dass in einem vereinten Europa nach der Befreiung von den totalitären Staatsmächten, die es im vergan-

Nicht wegzudenken

»Ich wünsche eine wachsende Leserschaft«

Zum 60-jährigen Erscheinen der PAZ grüße ich Herausgeber, Redaktion, Mitarbeiter und vor allem den treuen, der Heimat verbundenen Leserkreis recht herzlich und wünsche Ihrer Zeitung weiterhin eine so stabile Resonanz sowohl bei den Heimatvertriebenen als auch zunehmend in breiteren Kreisen der jüngeren bundesdeutschen Leserschaft.

60 Jahre aktive und bis heute erfolgreiche Presse- und Informationsarbeit für die Menschen sind ein beeindruckender Erfolgswachweis. Am Anfang der vielgestaltigen Presselandschaft der deutschen Heimatvertriebenen stand die Vertreibung von über 14 Millionen Menschen aus ihren teilweise 800 Jahre alten, deutschen Heimatgebieten.

Die meisten Vertriebenen – wie etwa die Ostpreußen – stammen nicht aus irgendwelchen Minderheitsgebieten, sondern aus geschlossenem, deutsch bestedelmten deutschen Staatsgebiet. Sie wurden aus Ostdeutschland nach Mittel- und Westdeutschland vertrieben. Nach der Vertreibung haben sie als Mitglieder der Landsmannschaften und Heimatkreise sowie als treue Leser und Abon-

nenten des *Ostpreußenblattes* der Heimat die Treue gehalten und zum Teil partnerschaftliche und freundschaftliche Kontakte zu den heutigen Bewohnern von Ostpreußen geknüpft. Sie bauten Beziehungen zu Menschen auf, die zum Teil bereits in der dritten Generation in Ostpreußen leben und oft nichts über die vielhundertjährige deutsche Geschichte der Gebiete wissen.

Doch auch in der Bundesrepublik sind die geschichtlichen Kenntnisse über Ostpreußen, Pommern oder Schlesien vielfach erschreckend gering, obwohl das Interesse der Enkelgeneration oft vorhanden ist. Deshalb ist Beharrlichkeit auf dem durch Begründer des *Ostpreußenblattes* eingeschlagenen Weg unabhängigen Information und Aufklärung auch in die nichtvertriebenen Kreise von besonderer Bedeutung. Bei dieser Aufgabe ist die PAZ seit Jahren nicht wegzudenken.

Ich wünsche der Zeitung auch für die Zukunft weiterhin erfolgreiche Arbeit und vor allem eine wachsende Leserschaft.

Erika Steinbach, MdB,
Präsidentin des
Bundes der Vertriebenen



Erika Steinbach

Tragfähige Brücke

Grüßwort des litauischen Botschafters

Der Bitte der Redaktion der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, ein Grüßwort für die Jubiläumsausgabe „60 Jahre PAZ/OB“ zu richten, bin ich gerne gefolgt. Allen Lesern der Zeitung übermittle ich bei dieser Gelegenheit meine besten Grüße.

Die Ostpreußen sind Zeitzeugen der schwierigen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Der Geschichte, die wir auf Neue entdecken und aus verschiedenen Blickwinkeln erforschen wollen. Es ist gut, dass Litauer und Deutsche heute entspannt und vorurteilsfrei über die gemeinsame Vergangenheit und das gemeinsame kulturelle und historische Erbe sprechen können. Das zeugt von der

Reife unserer gegenwärtigen Beziehungen und dem gegenseitigen Völkerverständnis.

Nur durch eine aufrichtige und offene Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit können wir uns mit neuen Seiten dieser Zeitspanne vertraut machen und tragfähige Brücken zwischen unseren Völkern schlagen. Der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wünsche ich, dass sie weiterhin ihren Beitrag zur kulturellen Annäherung der Völker und Überwindung alter Gegensätze leistet. Den Lesern der Zeitung wünsche ich viele interessante Diskussionen.

Mindaugas Butkus,
Botschafter der Republik Litauen



M. Butkus

Gute Verbindung

Grüßwort aus dem Ermland und Masuren

Das 60-jährige Jubiläum der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* möchten wir zum Anlass nehmen, Ihrem gesamten Redaktionskollegium unsere herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und danken für Ihr Engagement, das dem ehemaligen Ostpreußen so zuträglich ist. Ihre Zeitung bedeutet für uns, die in ihrer alten Heimat geblieben sind, eine außergewöhnliche Bindung nicht nur zwischen unseren zerrissenen Familien, sondern auch zwischen unseren Organisationen und der Landsmannschaft Ostpreußen sowie den Kreisgemeinschaften.

Durch die Lektüre der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, die wir und einzelne Gesellschaften

der deutschen Minderheit im Gebiet des ehemaligen Ostpreuens regelmäßig zugestellt bekommen, fühlen wir uns Ihnen näher. Und dank dieser Nähe und unserer sehr guten Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Ostpreußen wie auch mit der lokalen Selbstverwaltung, den städtischen und Kreisbehörden sowie den Partnerstädten in Deutschland ist es uns möglich, das Kulturerbe des ehemaligen Ostpreußen, unsere Tradition und Muttersprache weiterhin zu pflegen.

Wir wünschen der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* viel Erfolg auch für die kommenden sechs Jahrzehnte!

**Henryk Hoch, Vorsitzender des
Verbandes der Deutschen
Gesellschaften in Ermland
und Masuren (VDGEM)**



Massimiliano Lacota: Die PAZ ist unabhängig.

Dem Zeitgeist widerstanden

Dank und Glückwunsch – »Lassen Sie bitte nicht nach!«

Lieber Herr v. Gottberg, lieber Herr Badenheuer, zum Eintritt in das siebte Jahrzehnt der PAZ übermittle ich namens der Landsmannschaft Schlesien und ebenso aus meiner Verantwortung für den „Grafschafter Boten“ herzlichste Glückwünsche, verbunden mit einem heimatverbundenem und aufrichtigen Dank für 60 Jahre engagierter und standhafter Überzeugungsarbeit für den uns geraubten deutschen Osten.

Wir Schlesier gratulieren zu diesem bemerkenswerten Datum der aus dem *Ostpreußenblatt* erwachsenen und weit über den Bereich der deutschen Heimatvertriebenen hinaus anerkannten, nunmehrigen „Wochenzeitung für Deutschland“. Wir bitten Sie, lassen Sie nicht nach im Kampf um die histo-

Die PAZ als wohltuende Ausnahme

Verehrter, lieber Herr v. Gottberg, zum Jubiläum der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Ostpreußenblatt* entbiete ich Ihnen persönlich und namens der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) die besten Glückwünsche.

Die PAZ ist wie ihre Vorgängerin schon ein Flagggeschiff unter den Zeitungen der vertriebenen Deutschen und ihrer Landsmannschaften. Sie ist darüber hinaus eine wohltuende Ausnahme unter den deutschen Zeitungen und Zeitschriften überhaupt, weil sie sehr vielen Deutschen aus dem Herzen spricht und einen klaren Kurs hält. Sie ist ein Hoffnungsträger unter den Publikationen.

Dafür gebührt Ihnen, verehrter Sprecher, Ihrer Landsmannschaft und den Männern und Frauen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben und beitragen, unser aller aufrichtiger Dank.

Der Veranstaltung aus Anlass dieses Jubiläums wünsche ich guten Verlauf und Erfolg. Ein herzliches Glückauf für die Zukunft und weiterhin klaren Kurs.

In Verbundenheit
Dr. Werner Nowak,
Präsident der
Bundesversammlung der SL

Spagat erfolgreich geglückt

Auch wenn ich an dem Festakt zum 60. Geburtstag des *Ostpreußenblattes* nicht teilnehmen kann, so bin ich im Geiste doch mit dabei und wünsche dieser Veranstaltung den verdienten harmonischen und würdevollen Verlauf.

60 Jahre *Ostpreußenblatt*, das heißt, 60 Jahre lang den Spagat zu schaffen zwischen dem mit klarer Sprache formulierten Anspruch auf wahrhaftigen Umgang mit der Geschichte und das daraus folgende Recht auf die Heimat einer-

seits, andererseits den Grundsätzen der Charta der Heimatvertriebenen – keine Rache, keine Vergeltung, kein neues Unrecht als Antwort auf vorangegangenes Unrecht. Wer sechs Jahrzehnte lang auf diesem schmalen Grat un-



Hans-J. Mahlitz

Effektivste Friedensbewegung

beirrt seinen Weg gegangen ist, verdient höchsten Respekt. So hat diese Zeitung ihren Beitrag dazu geleistet, die Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen zur größten und effektivsten Friedensbewegung unseres Vaterlandes zu machen.

Dass ich das letzte dieser sechs Jahrzehnte – als Chefredakteur des *Ostpreußenblattes*, als „Gründungschefredakteur“ der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und nunmehr als Autor im Unruhestand – mitgestalten konnte, erfüllt mich mit Stolz, Dank und Befriedigung.

Hans-Jürgen Mahlitz,
PAZ-Chefredakteur von
2000 bis 2006 und
Vorsitzender der Initiative
„Stimme der Mehrheit“ e.V.



P. Großpietsch

rische Wahrheit, widerstehen Sie weiterhin der Dominanz des Zeitgeistes!

Sie haben uns an Ihrer Seite. In herzlicher und kameradschaftlicher Verbundenheit,

Peter Großpietsch,
stv. Bundesvorsitzer
der der Landsmannschaft
Schlesien
und Herausgeber
des „Grafschafter Boten“

Der Dreiklang von Freiheit, Recht und Frieden

Die Preußische Allgemeine Zeitung wirkt der Geschichtslosigkeit entgegen – Aus der Festrede von Wilhelm v. Gottberg

Die PAZ, das frühere Ostpreußenblatt ist 60 Jahre alt geworden. Am 5. April 1950 erschien die Nummer 1 des Ostpreußenblattes, heute feiern wir diesen runden Geburtstag. Zahlreiche neue Zeitungen sind nach dem Krieg auf dem Markt erschienen. Sehr viele existieren heute nicht mehr. Das Ostpreußenblatt hat sich weiterentwickelt und ist die Preußische Allgemeine Zeitung geworden.

Unsere Zeitung war von Anfang an das wirtschaftliche Rückgrat und das Medium, um als Landsmannschaft Ostpreußen (LO) zu den politischen, sozialen und kulturellen Fragen der Zeit Stellung zu nehmen. Es waren die Ostpreußen, die durch ihr Abonnement der Zeitung zur wirtschaftlichen Blüte verholfen haben.

Es war ein schwieriger Anfang der Zeitung ab 1950. Ruth Geede – von Anfang an dabei und auch heute noch mit 94 Jahren unverzichtbares Mitglied der Redaktion mit dem Schwerpunkt „Ostpreußische Familie“ – hat dies in der Beilage „60 Jahre PAZ“, erschienen am 3. April dieses Jahres, anschaulich beschrieben.

So wie nach Friedrich dem Großen zum Kriegserfolg auch Fortüne gehört, so hatte auch die LO Glück mit ihren Redaktionsleitern. Martin Käkies, der Name weist ihn als Ostpreußen aus, amtierte von 1950 bis 1959. Er war schon vor dem Krieg Redaktionsleiter und ein großartiger Schriftsteller. Ihm folgt Eitel Kaper. Ein ernster Mann mit großem Wissen. Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts erreichte die Zeitung mit knapp 135 000 Abonnements den Höhepunkt ihrer bezahlten Auflage.

1967 wurde mit Hugo Wellem der dritte Redaktionsleiter mit der Gesamtverantwortung für die Zeitung betraut. Wellem war rheinischer Preuße, seiner Persönlichkeit und seiner Ausstrahlung nach unbedingt Chef. Seine Verbindungen zur politischen Klasse waren exzellent. Er ordnete an, dass im Zeitungskopf auf Seite 1 die Zeile „Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland“ eingefügt wurde. So ist es bis heute geblieben. Wellem entwickelte sich zu einer allseits

anerkannten Autorität. Es gelang ihm, Politiker der ersten Garnitur aus dem konservativen Bereich als Gastkommentatoren zu gewinnen. Wellem gründete unter der Obhut der Landsmannschaft Ostpreußen und mit deren finanziellen Ressourcen die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (SWG) e.V., mit der er auch neue Leser für die Zeitung gewann. Die SWG existiert noch heute, wir sind ihr freundschaftlich verbunden und ich freue mich, heute ihren Vorsitzenden, Professor Menno Aden, bei uns begrüßen zu können.

Mit dem Dienstantritt von Hugo Wellem 1967 erfasste eine Phase des Aufbruchs die Redaktion. Die Zeitung wurde interessanter und vieltümlicher. Alle waren zufrieden. Die satten schwarzen Zahlen, die die Zeitung schrieb, ließen keine Kritik aufkommen. Das blieb auch so, als sich Anfang der 70er Jahre ein deutlicher Abonnentenschwund einstellte. Nach Abschluss der Brandschen Ostverträge verstärkte sich diese Tendenz, in den 80er Jahren sank die Auflage auf unter 50 000.

Es kam das Wendejahr 1990. Die bezahlte Auflage betrug um die 32 000. Im Oktober 1990 wurde ich zum stellvertretenden Sprecher der LO berufen. Mir war klar: Ohne gravierende Innovation hatte die Zeitung keine Zukunft. Doch Hugo Wellem, Jahrgang 1912, war leider nicht mehr im Stände, die erforderliche Erneuerung durchzusetzen. In anderen Redaktionsstuben waren PC und Monitor längst eingezo-gen. Allerdings nicht in unserer. Die Redaktion der PAZ arbeitete weiterhin mit der Schreibmaschine.

Glücklicherweise ließ der Druck zu handeln ein wenig nach, denn die bezahlte Auflage stieg ab 1991 deutlich. Am 1. November 1992 wurde ich Sprecher der LO und bekam die Erstverantwortung für die Zeitung übertragen. Zu Hugo Wellem hatte ich ein gutes Verhältnis. Im Mai 1994 hatte ich

schließlich ein langes Vier-Augen-Gespräch mit dem Chefredakteur. Wir vereinbarten sein Ausscheiden zum Jahresende. Mit einer Festveranstaltung zum 45. Geburtstag der Zeitung im April 1995 sollte Wellem ehrenvoll verabschiedet werden. Er hielt allerdings nicht mit seinem Wunsch zurück, in die Sielen sterben zu wollen. Im Herbst 1994 musste er längere Zeit das Bett hüten. Anfang 1995 war er nochmals in der Redaktion, um seinen Schreibtisch leerzuräumen. Er wurde damit nicht fertig. Am 30. März 1995 habe ich ihn an seinem Grabe für sein Lebenswerk „Das Ostpreußenblatt. Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland“ gewürdigt. Der Bundesverband hat ihm posthum die höchste Auszeichnung, den Preußenschild, verliehen.

Wellem Nachfolger Horst Stein hat mit der Modernisierung der gesamten Redaktionsarbeit begonnen. Dabei gab es viel zu tun. Doch es ging voran. Aus der Redaktion kam die Forderung, nun auch das Medium Internet zu nutzen, und so ging auch die PAZ in den 90er Jahren online. Allerdings erfüllten sich damit nicht alle Erwartungen. Die bezahlte Auflage ging zurück. Mir wurde klar, mittelfristig werden wir mit der

Zeitung nur überleben können, wenn es gelingt, einen neuen Leserkreis zu erschließen. Dazu musste auch der Zeitungstitel verändert werden. Mit dem Namen „Preußische Zeitung“ schlug ich einen Arbeitstitel vor, von Frau Geede kam der Vorschlag, als neuen Namen Preußische Allgemeine Zeitung festzulegen. So geschah es, zunächst als Untertitel zu den bisherigen Namen Das Ostpreußenblatt. Nach knapp zwei Jahren wurden im Jahre 2003 Haupt- und Untertitel gegeneinander ausgetauscht.

Schon seit etwa zehn Jahren diskutierte der Bundesverband der LO, die Zeitung bundesweit auch an den Kiosken anzubieten. Bisher war die PAZ eine reine Abonnentenzeitung. Seit Ende Januar 2010 wird die PAZ nun auch bundesweit im Zeitungshandel angeboten.

Wo steht die Preußische Allgemeine Zeitung heute politisch? Die Gründer der LO haben 1950 die Leitlinie für die Zeitung vorgegeben. Diese Leitlinie gilt noch heute. Sie lautet: Aufrechterhaltung der Freiheit, Durchsetzung des Rechtes, Erhaltung des Friedens. Diesem Dreiklang – Freiheit, Recht und Frieden – ist die Zeitung bindend verpflichtet.

Gegenüber 1950 haben sich allerdings die Akzente verschoben. Die Freiheit der Deutschen wird heute nicht mehr von außen, sondern von innen bedroht. Die „politische Korrektheit“ legt fest, was wir denken und sagen dürfen. Der Artikel 5 des Grundgesetzes gilt nicht mehr uneingeschränkt. Unsere Zeitung aber wird nicht schweigen, wenn in Schulbüchern und Ausstellungen gefälschte Deutsche Geschichte vermittelt wird.

Die Durchsetzung des Rechtes: Die PAZ wird immer wieder die Erodierung des Rechtsstaates thematisieren. Hier ist auf einem verhängnisvollen Weg schon weit vorgeschritten worden. Die Eigentumsgarantie von Artikel 14 Grundgesetz wurde beim Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik mit Füßen getreten. Eine Staatsregierung, die beim Ankauf von gestohlenen Steuerdaten zum Hehler wird, andererseits einen abgewählten Bundeskanzler beim Missbrauch von Parteipendenzen unbehelligt lässt, fügt dem Rechtsstaat schweren Schaden zu.

Erhaltung des Friedens: Die schreckliche erste Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa, aber auch die Kriege in unseren Tagen mahnen uns täglich. Daraus ergibt sich: Wir wollen dem Frieden mit aller Kraft dienen, dabei verfallen wir jedoch nicht in einen illusionären Pazifismus. Wir brauchen die Bundeswehr, und wir brauchen die Mitgliedschaft in einem Verteidigungsbündnis.

Eingedenk des Wortes des verstorbenen französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle: „... man erkennt den Charakter eines Volkes auch daran, wie es nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten umgeht“, werden wir den gefallenen und überlebenden Soldaten der Wehrmacht ein ehrendes Andenken bewahren und den Soldaten der Bundeswehr Respekt und Anerkennung nicht versagen. Ihren Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit in der Vergangenheit

und für die Zukunft kann man nicht hoch genug einschätzen. Freiheit, Recht und Frieden, diese zutiefst christlichen Werte, können nur dann gesichert werden, wenn wir unserer Zivilisation die religiöse Dimension erhalten. Geht diese verloren, dann steht es schlimm um unsere Zukunft.

Alexander Solschenizyn, dieser großartige russische Literat, Literatur-Nobelpreis-Träger und ein Freund der Deutschen formulierte einst in Hinblick auf die russische Tragödie im 20. Jahrhundert, „Die Wurzeln allen Übels liegen im Abfall von Gott.“ Ähnlich hat sich auch der verstorbene Bundespräsident Karl Carstens geäußert. Deshalb gilt für die PAZ: Wir halten fest an der Frohen Botschaft des Evangeliums.

Aufgabe einer verantwortungsbewussten Presse ist es auch, überall in Europa freiheitliche Errungenschaften und nationale Identität in Einklang zu bringen. Dazu ist es notwendig, dass in der politischen Diskussion hartnäckige Vorurteile gegenüber dem Wort „Nationalstaat“ überwunden werden. Denn nicht der Nationalstaat an sich, sondern seine durch Ideologien herbeigeführten Verirrungen sind gefährlich für Europa.

Die Entwicklungsgeschichte der PAZ, aber auch ethische Gründe gebieten es, die Gemeinsamkeiten der deutschen Nation auch für die Deutschen jenseits der heutigen Ostgrenze der Bundesrepublik zu bewahren und lebendig zu halten.

Der Geschichtsverfälschung und der Geschichtslosigkeit wird die PAZ entgegenwirken, wie sie das auch bisher getan hat. Dabei ist der Redaktion das Prinzip „Wahrheit“ Leitlinie. Dies ist von existentieller Bedeutung für die Zeitung und für alle Deutschen, da der Eindruck gewonnen werden könnte, dass in weiten Teilen der Republik die Lüge zum System erkoren wurde.

Ich fasse für die Zukunftsdevisen der Zeitung zusammen: An Bewährtem festhalten, für Erneuerung nach kritischer Würdigung offen sein, dem Ganzen verpflichtet sein, Distanz zum Zeitgeist halten, Preußische Tugenden leben und somit Vorbild sein.

Unserer Zivilisation die religiöse Dimension erhalten



Wilhelm v. Gottberg über die Entwicklung dieser Zeitung

Bilder (2): Pawlik

Grundrecht auf Meinungsfreiheit unter Druck

Ein rigider »Mainstream«, gesetzliche und wirtschaftliche Grenzen, aber auch mangelnder Mut engen ein – Podiumsdiskussion

Eine Podiumsdiskussion, moderiert vom früheren LO-Geschäftsführer Rolf-Dieter Carl, bildete den Abschluss der Jubiläumsveranstaltung am vergangenen Sonnabend.

In seiner einleitenden Stellungnahme zitierte Carl den Grundgesetzartikel 5 über die Meinungsfreiheit und warf die Frage auf, welche Einschränkungen hier schon bestünden, aber auch, ob der Umgang bestimmter Medien mit der Privatsphäre von Politikern immer von der Meinungsfreiheit gedeckt sei. LO-Vize Wolfgang Thüne warf ein, dass der Begriff „Meinungsfreiheit“ doppelt verstanden werden könne: „Meine ich, frei zu sein, oder habe ich das Recht, meine Meinung zu sagen.“ Letzteres erfordere immer öfter Mut, um gegen eine vermeintliche Mehrheitsmeinung, die aber oft nur die veröffentlichte Meinung sei, zu sprechen.

Der Rechtsanwalt Michael Steiner ergänzte, im „geschützten Raum“ sei fast jeder zur „Individualisierung“ seiner öffentlich geäußerten Positionen in der Lage. Im öffentlichen Raum dagegen stün-

den vom „Mainstream“ deutlich abweichende Meinungen, und seien sie noch so klar begründet, schnell unter dem Verdikt der Dummheit oder zumindest der gesellschaftspolitischen Missbilligung. Professor Konrad Löw

Die Verfassungsrichter als Hüter eines elementaren Rechtes

erinnerte daran, dass das Bundesverfassungsgericht selbst den überragenden Rang der Meinungsfreiheit als primärem Freiheitsrecht eindringlich betont habe – sogar so sehr, dass es gesetzliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit, wie sie das Grundgesetz selbst punktuell ermögliche, wieder unter den Vorbehalt der Kontrolle des Verfassungsgerichts gestellt habe. Dennoch gebe es Einschränkungen, etwa die Verschärfung des Paragraphen 130 („Volksverhetzung“), der die Ausschüttung unter Strafe stelle. Kritik daran komme aber keineswegs nur „aus der ganz rech-

ten Ecke“, sondern beispielsweise von US-amerikanischen Juristen mit ganz anderem politischen Standpunkt. Es sei aus seiner Sicht eine plausible Position, die mit der Neufassung dieses Paragraphen unter Strafe gestellten Meinungen gleichsam mit ihren Trägern „aussterben“ zu lassen und als „unbeachtliche Mindermeinung“ nicht weiter zu thematisieren.

Thüne zitierte einen anerkannt brillanten US-amerikanischen Journalisten, der wegen Ansichten, die dem Mainstream zuwiderliefen, ab einem gewissen Zeitpunkt konsequent ignoriert wurde und faktisch nicht mehr publizieren konnte. Er zog sich schließlich aus seinem Beruf zurück, mit einem b e w e g e n d e n Abschiedsbrief, in dem er klagte: „Es gab eine Zeit, wo die Feder einflussreicher war als das Schwert.“ Ihm selbst, so Thüne, sei es als jungem Meteorolo-

gen im ZDF ähnlich ergangen, als er auch noch nach Unterzeichnung der Brandschen Ostverträge in seinem Wetterbericht bei entsprechendem Anlass immer wieder von „Schlesien“ und „Ostpreußen“ sprach: „Die Maulkörbe waren Legion.“ Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ druckte bestimmte Leserbriefe nicht mehr und er fragte sich, von wem sie da beeinflusst werde.

Steiner verwies auf den grundlegenden Unterschied, ob eine

Meinung keine Mehrheit finde oder ob sie nicht geäußert werden könne. Er habe als Kind und Jugendlicher einen „gerechten und zuhörenden Vater“ gehabt und zuhause im Grunde jede Meinung vertreten dürfen. Später im Beruf und im öffentlichen Leben habe er dann andere Erfahrungen machen müssen, aber eher mit sozialer Kontrolle als mit direkten Verboten. Sein Fazit: „Noch darf man in Deutschland fast alles sagen, aber in den

Medien kommt vieles nicht mehr durch.“ Thüne verwies darauf, dass in seinem Bereich der Meteorologie die Meinungsfreiheit bereits mit anderen Mitteln beschränkt würde. Von einer Organisation wie Greenpeace, kämen kaum verhüllte Drohungen, gegen diejenigen, die die Mehrheitsmeinung beim Thema „Erderwärmung“ bezweifelten: „Wir brauchen Klima-Outlaws. Wir wissen, wer ihr seid und wo ihr wohnt, ihr seid wenige, wir sind viele.“

Konrad Löw erinnerte an den in Berlin lebenden Historiker Ernst Nolte, der wegen seiner These über die Beeinflussung Hitlers durch Stalin kaum mehr auftreten könne, ja sogar kaum noch zitiert werde: „Man wird einsam, wenn man seiner Überzeugung treu bleibt.“ Steiner verwies darauf, dass die Meinungsfreiheit nicht nur von gesellschaftspolitischen Seite unter Druck geraten könne. Manche Chefredakteure würden Mindermeinungen auch deswegen nicht bringen, weil sie befürchteten, dass die Kunden sie nicht lesen wollten. K.B.



Wolfgang Thüne, Michael Steiner, Rolf-D. Carl und Konrad Löw (v.l.n.r.).

Jenseits der Schweigespirale

Publizistik und Freiheit in Vergangenheit und Gegenwart – Der Festvortrag von Professor Harald Seubert (Teil I)

Umbjelter Höhepunkt der Jubiläumfeier der Preußischen Allgemeinen Zeitung in Berlin war der Vortrag von Harald Seubert, der in Erlangen und Posen Religionsphilosophie lehrt. Wir dokumentieren die Rede in mehreren Teilen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich danke für die ehrenvolle Einladung und möchte der PAZ herzlichst gratulieren: ad multos annos. Die Würdigung von Herrn von Gottberg war von wirklich preußischem Geist bestimmt: Auch das Schwere, Belastende wurde nicht verschwiegen. Und jene Trias von Freiheit-Recht-Frieden, die Ihre Zeitung trägt, ist preußisches, damit alturopäisches Erbe und Maßstab für die Zukunft gleichermaßen.

Zur Sache. Von der Schweigespirale war wohl erstmals in Alexis de Tocquevilles überaus luzider Analyse der Demokratie als der kommenden Regierungsform die Rede. Er, Vertreter des Ancien Régime und nach 1789 Unterlegener der Geschichte, wollte in dem amerikanischen Experimentierfeld studieren, auf welche Herrschafts- und Staatsform sich die Welt zubewegen würde. Dabei diagnostizierte de Tocqueville eine innere Differenz innerhalb der Demokratie: die Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit. Im Zweifel werde sich die Mehrheit einer Bevölkerung in der Demokratie für die Gleichheit entscheiden. Tocqueville spricht von der „sanften Despotie“. In diesem Horizont bildete sich der neue Begriff der „öffentlichen Meinung“ heraus. Die jüngst verstorbene Elisabeth Noelle-Neumann hat dann virtuos gezeigt, wie die Schweigespirale ein Instrument politischer Macht und sozialer Kontrolle ist, das die Gewaltenteilung unterläuft. Die Crux ist dabei, dass eine Minderheit, der es gelingt, ihre Meinungen und Wertungen laut vernehmlich und vor allem in Wiederholung und auf verschiedenen Kanälen zu äußern, Gegenauffassungen aber zu diskreditieren, die strategische Hoheit gewinnt. Die andere Seite wird immer leiser werden. Man wird sich seiner Sache schämen, und hätte man selbst die Wahrheit auf seiner Seite. Der Wirksamkeit eines radikalen Nonkonformisten, wenn es ihn denn geben sollte, sind insofern enge Grenzen gezogen. Er wird Gefahr laufen, für verrückt erklärt zu werden. Der junge Thoreau, der später aus der Zivilisation floh, hat in sein Tagebuch eingetragen: „Es ist immer leicht das Gesetz zu brechen, aber selbst die Beduinen in der Wüste finden es unmöglich, Widerstand zu leisten gegen die öffentliche Meinung.“ Die Kultur- und anthropologische Revolution von 1968 hat gerade durch diese Schweigespirale reüssiert. Der anderen Seite bleibt dann der mehr oder minder hilflose Protest, Leserbriefe, Antichambrieren, und oftmals endet ihr Protest vor den Türen und Türhütern der neuen Exponenten der Macht, in geradezu Kafkaesken Verzerrungen. Es hilft dabei wenig, wenn zwischen „öffentlicher“ und „veröffentlichter“ Meinung unterschieden wird. Die letztere prägt in jedem Fall die erstere. Eine Stimme der Mehrheit, die dem was der Medienmainstream bietet, diametral entgegenläuft – und in dieser Durchbrechung des Gängigen spielt in Deutschland die *Preußische Allgemeine* eine immer wichtigere Rolle –, ist häufig nur noch zu vernehmen, wenn man unter sich ist. Öffentliche Meinung konstituiert einen „Kanon“, zu dem man sich gleichsam bekennen muss, wenn man sich nicht isolieren will, wobei die Auf-

fassungen, die eingenommen werden, zumindest ebenso bedeutsam sind, wie das, was verschwiegen wird. Entscheidend ist zuerst das Agenda-Setting. Eine Seite bestimmt, worüber überhaupt geredet wird und in zweiter Linie: von wem. Welche Fragen werden gestellt, welche Personen erscheinen dafür relevant? Die öffentliche Meinung beschreibt Noelle-Neumann in diesem Sinne als unsere „soziale Haut“, und mit Rousseau konstatiert sie, sie sei Feind des Individuums, zugleich aber Schutz der Gesellschaft. Von der Meinung zum Wissen zu kommen, durch dialektische, durch Prüfung der Sache und zugleich der Seelen, war der Sokratische Anspruch, der aufs engste mit dem Ethos und Geist Europas verbunden ist. Christlich findet er seine Erweiterung und Vertiefung: „Die Wahrheit (aletheia) wird euch frei machen“, ist die Verheißung Jesu Christi. Die Unterscheidung von Doxa und Aletheia, Meinung und Wahrheit bleibt grundlegend. Wir müssen gleichsam die Höhle der Meinungen verlassen, in der wir Tatsachen nur als Schattenrisse an der Wand erkennen können, um zur Wahrheit selbst vordringen zu können. Und im Gegenzug kann man mit Robert Spaemann sagen: Dort, wo nicht mehr nach der Wahrheit gefragt wird (einem Absolutum!), bleibt als einzige Unterscheidung das, was man sagen darf und was nicht. Zu der skizzierten Situation scheint in drastischem Gegensatz zu stehen, was der große Philosoph Preußens Immanuel Kant meinte, wenn er den Publizitäts-Grundsatz als eine der wesentlichen Garantien eines ewigen Friedens festhielt. Dies richtete sich gegen die Geheimdiplomatie ebenso wie gegen die Einschüchtern in eine Politik der Kabinette. Vor dem freien Gebrauch der Vernunft sollten sich die Grundsätze der Politik ausweisen. Legitimierbarkeit sollte einzig aus der Zustimmung der Vernunft folgen. Mit dem Zeitalter der Aufklärung, der Fülle der Wochen- und Monatsschriften, der Salons- und Diskussionsgesellschaften setzt ein, was Jürgen Habermas die „diskursive Öffentlichkeit“ genannt hat – im Unterschied zur repräsentativen Öffentlichkeit der barocken Welt. Letztere war eine Art „höfische Öffentlichkeit“, die mit der heutigen Verlagerung des politischen Diskurses in die Talkshows teilweise zurückzukehren scheint. Die Geschichte einer weltverändernden Publizität reicht indes weiter zurück: Es war die Publizistik, die die Lutherische Reformation überhaupt erst ermöglichte und ihr diese singuläre Durchschlagskraft gesichert hat. Das Säkulum der Aufklärung hatte aber eine Kehrseite, die auch rasch erkannt wurde: Wo sich Publizität von der Sittlichkeit löst, wo jene Ligatur preisgegeben wird, die der große Königsberger Philosoph gekennzeichnete hatte, droht eine unterschwellige Lenkung des Blicks. Dann tritt gerade das ein, was Platon in der „Politeia“ als Pathologie der doxa vorzeichnet. Die Schatten und die Gaukelbilder der Schatten werden mit der wahren Welt gleichgesetzt. Die Menschen meinen sich selbst – und ihregleichen – zu sehen, doch es sind nur Schatten. Und nur mit Gewalt könnte einer dazu gebracht werden, die Höhle zu verlassen – und sich ins Freie zu wenden. Kant hatte also aus sehr guten Gründen Publizität mit dem Sittengesetz verbunden; damit ist die Öffentlichkeit auf Wahrheit und Wahrfähigkeit verwiesen. Man kann noch einen Schritt weiter gehen: Die parhassia: die christliche Freiheit, ist im Neuen Testament eng

mit dem Heiligen Geist verknüpft. Zur freien Rede sind die Christen „be-geistet“: ein christlicher Maßstab, der auch für die Demokratie verpflichtend sein sollte. Die Zeitung, die wir heute feiern, hat um diese Kultur der Freiheit besondere Verdienste.

Die Rolle der Vertriebenen ist auch dadurch für die deutsche Na-

etwa verdeckt, kann Friede entstehen. Ist dies nicht gerade eine entscheidende Lektion des christlichen Glaubens? Sie, meine Damen und Herren, durchbrachen durch Jahrzehnte den Deckmantel eines Schweigens und Sie waren doch, das muss man sehen, Sündenböcke für jenen Mainstream, der sich immer schon auf der Sei-



Harald Seubert: Recht ist objektive Freiheit.

Bild: Pawlik

tion von höchster Bedeutung, dass sie das Gedächtnis wachgehalten haben – in offener Rede. Dazu war und ist die *Preußische Allgemeine Zeitung* ein scharf geschliffenes Instrument; zugleich Thesaurus (Schatzhaus), in dem das Gewesene bewahrt bleibt. Das Gedächtnis an Landschaften, Orte und ihren Geist. Ostpreußen als Sehnsuchtsland: Dies reicht viel weiter als das unmittelbare Schicksal von Flucht und Vertreibung. Damit verbindet sich aber das Gedächtnis an Schmerz und Unrecht, an Manipulation der Geschichte, die nach 1945 vielen Millionen Menschen widerfahren ist. Sie haben die Wunde offengehalten und den Schmerz am Schwären. Das grundlegende Menschenrecht zu trauern, das konstitutiv ist für Hu-

tes des Westens im moralisch höheren Gelände sehen wollte. Dass aber das Selbstbestimmungsrecht von Völkern, völkerrechtliche und humane Grundrechte gerade unter Ihnen fortleben, dies hatte Bedeutung für die Kultur Freiheit unserer Republik, die wir heute zum Teil wiedergewinnen müssen. Man rührte, wenn man an das Unrecht der Vertreibung rührte, an das vielleicht letzte Tabu dieser Gesellschaft, neben jenem des offenen christlichen Bekenntnisses. Das gibt Festigkeit, die aber nicht zur Verhärtung führen darf. Auf die Rolle der Vertriebenen, insbesondere der Ostpreußen, passt das Hölderlin-Wort: Mitleidend bleibe das ewige Herz, doch fest. Dadurch wird diese Mauer aus Kautschuk, wie Armin Mohler die

abwägend und präzise formulierte Wort insbesondere der Wochenzeitungen nicht ersetzen. Es sei denn, wir wollten zu einer Republik des Geschwätzes werden, die dann auch keine freiheitliche mehr wäre. Publizität ist ein wesentlicher Garant von Freiheit. Freiheit aber bedarf der Sittlichkeit.

Ein Topos nach 1945 war es, dass die Deutschen „Land des Gehorsams“ seien und nichts von Freiheit wüssten. Thomas Mann machte diese Vorhaltung in seiner Rede „Deutschland und die Deutschen“ im Mai 1945. Die ganze deutsche Geschichte sollte in dieses Zwielicht gezogen werden – und das nicht nur von den Siegermächten, weitgehend machte man sich selbst die Auffassung zu eigen, die Deutschen hätten keine den westlichen Nationen vergleichbare Freiheitsgeschichte. In dieser Sicht wurde dann die „Westernization“ unseres Landes zur einzigen Quelle seiner Identität –barer Unsinn, wie sich nachweisen lässt. Im 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte man es anders gesehen: Das Alte Reich war eng verknüpft mit den „Deutschen Freiheiten“ und Montesquieu, der große Lehrer der Gewaltenteilung, sprach gar davon, die Freiheit sei aus den Wäldern Germaniens gekommen; allenfalls Polen wurde eine ähnliche Freiheitsgeschichte zugetraut. Diese Freiheit bedeutete im Alten Reich: gelindes Regiment – imperium limitatum, in klarer Abgrenzung gegenüber der südlichen oder auch westlichen Staatsräson. Es war freilich eine staatsimmanente, christlich gebundene Freiheit, mit stark korporativen Elementen.

Realer als die Abwertung deutscher Freiheit ist die Vorstellung, die Deutschen hätten die Freiheit nur als innere Freiheit gekannt, wohingegen die westlichen Nationen ihr äußerlich Manifestation gaben. Doch auch dies hält näherer Prüfung nicht stand. Der deutsche und preußische Freiheitsgedanke ist mehr als nur geträumt. Kant, Fichte, der deutsche Idealismus, aber auch die bewegende Freiheitsthematik in Schillers Dramen, war dies nicht das Komplementärstück zu der Tricolore-Liberte – und haben wir nicht einen guten Grund, darin sogar eine Reife und Reflexionskraft zu erkennen? Das Desiderat der „Ordnung der Freiheit“, das sich die Revolution nicht geben konnte? Die deutschen Denker haben, anders als die Französischen Akteure, immer gesehen, wo die Freiheit sich selbst zu zerstören droht. Einen unmittelbaren Weg von den Teutschen Libertäten des alten Reiches zu einer demokratischen Verfassung wie in Amerika, in der Schweiz oder auch in den Niederlanden hat es indes nicht gegeben. Die Wege der deutschen Freiheitsgeschichte von den Teutschen Libertäten her sind labyrinthisch, wie Hans Maier schrieb. Preußen aber ist anders! Denn im Zeichen der preußischen Staatsidee entwickelt sich ein Freiheitsbegriff, der Freiheit gleichsam als Recht auf Rechtsstaatlichkeit, auf die republikanische Verfassung selbst begreift. Im deutschen Verständnis ist Freiheit damit klassisch sittlich konturiert. Sie ist nicht nur negative Freiheit: Das, worüber die Gesetze schweigen. Freiheit ist im Sinne des Rechtsprinzips der Kantischen Philosophie definiert und begriffen als: „Unabhängigkeit von eines anderen nitögiger Willkür, sofern sie mit jedes anderen Freiheit nach einem allgemeinen Gesetz zusammenbestehen kann“. Freiheit sei, so zeigt Kant weiter, „das einzige ursprüngliche, jedem Menschen kraft seiner Menschheit

zustehende Recht“. Gleichheit besteht also zunächst normativ, als gleicher Zugang zu dieser Freiheit. Dies ist, im Kantischen Sinne, der Versuch, den möglichen, ja wahrscheinlichen Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit aufzulösen. Nicht nur der Not- und Verstandesstaat, sondern der sittliche Staat der Freiheit wird in der klassischen deutschen Philosophie, zwischen Kant und Hegel, gedacht. Und Kant führte in diesem Geist weiter aus: „Eine Verfassung von der größten menschlichen Freiheit nach Gesetzen, welche machen, dass jedes Freiheit mit der ändern ihrer zusammen bestehen kann ... ist doch wenigstens eine notwendige Idee, die man nicht bloß im ersten Entwurfe einer Staatsverfassung, sondern auch bei allen Gesetzen zum Grunde legen muss, und wobei man anfänglich von den gegenwärtigen Hindernissen abstrahieren muss“. Diese Hindernisse lägen in der menschlichen Natur. Gerade Kant wusste mit dem Prediger Salomo: „Des Menschen Herz ist böse von Jugend auf.“ Dieser Freiheitsbegriff bleibt exemplarisch für die Idee der gewaltenteiligen Republik, des Rechtsstaates. Er konnte so wohl nur vor der preußischen Staats- und Verfassungswirklichkeit gedacht werden. Er gründet sich aber auf eine Verpflichtung des Bürgers. Gerade in diesem Sinn muss man mit dem großen Staatsrechtler Erich Kaufmann festhalten: „Es gibt kein Zurück hinter Kant.“ Der Verpflichtungscharakter war in der Weimarer Verfassung noch explizit enthalten: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert“. In der Bundesrepublik Deutschland manifestiert sich dies eher in der permanenten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Letzter Gegensatz zu diesem Grundsatz jedenfalls wäre das, was Konrad Lorenz die „Verhausschweigung des Menschen“ nannte.

Die skizzierte preußische Bestimmung von Recht als objektive Freiheit ist also keineswegs ein abstrakt idealistischer Höhenflug. Sie hat eine realgeschichtliche Verankerung und sie sollte Verpflichtungscharakter für die Gegenwart haben. Im späten 18. Jahrhundert wurden in Preußen die freiheitlich emanzipatorischen Tendenzen des westlichen Naturrechts aufgenommen. Politische und bürgerliche Freiheit wurden dabei unterschieden. Die deutsche Entwicklung hat auch damit zu tun, dass bis ins 19. Jahrhundert hinein eine untyrannische, sich ihrer Pflichten bewusste Obrigkeit regierte. Nicht zuletzt deshalb konnten die Denker von der anderen Seite des Rheins auch die Krankheit der Französischen Revolution klar sehen. Hegel diagnostizierte die Furie des Verschwindens, angesichts derer eine Hinrichtung nicht mehr sei als das Abschlagen eines Kollhautes. Die bürgerliche Gesellschaft, mit ihrem System der Bedürfnisse: der Entfremdung des Menschen als Produzenten und Konsumenten, bedarf eines Haltes von Sittlichkeit. Nach Hegel kann er nur durch die Familie überhaupt dem menschlichen Leben vermittelt werden. Sich anerkennen als sich gegenseitig Anerkennende, dies ist entscheidend. Der Einzelne muss in geformten, konkreten Freiheiten der Gesellschaft entgegengetreten können. Hier nennt Hegel die Korporationen. Freiheit bedarf der Rechtssicherung, der sittlichen Fundierung und damit der Institutionen. **Fortsetzung folgt.**

Wir müssen mit Sokrates die »Höhle der Meinungen« verlassen, um zur Wahrheit selbst durchdringen zu können

manität, haben Sie wachgehalten, sowie es in der vielleicht vollkommensten Tragödie der alten Welt, Sophokles' Welttragödie, Antigone tut. Und Sie haben dies verbunden mit dem wachen Blick nach vorne und dem genuin preußischen Geist der Toleranz. Das Antigone-Gleichnis trägt noch weiter: Es war Antigone, die auf dem natürlichen sittlichen Recht bestand hatte: So haben auch die Preußen und Ostpreußen auf Völkerrecht und der sittlichen Grundlage von Staat und Politik insistiert. Sie haben sichtbar gemacht, wie auf Rechtsbruch und Gewalt niemals die Einheit Europas gegründet werden kann, das vielmehr auf die Rechtsnormen des europäischen Kulturkreises fundiert sein muss. Und dabei haben sie auf alle Revanche konsequent verzichtet. Nur wo der Schmerz empfunden wird, wo das Böse ausgetragen wird und nicht

Schweigespirale einmal genannt hat, durchbrochen. Dass die Vertriebenen neben Hab und Gut, neben allem Geschehenen auch darin auf sich zurückgeworfen waren, dass man ihnen die Anerkennung verwehrte, so wie es der junge Historiker Andreas Kossert jüngst gezeigt hat („Kalte Heimat“) macht ihr Organ, die *Preußische Allgemeine Zeitung*, zu einer wichtigen Stimme in der Medienwelt der Bundesrepublik. Die Publizitätsfreiheit bedarf immer der Verantwortung vor dem gesprochenen, geschriebenen Wort. Man kann sie nur empfinden, wenn man Abstand gewinnt von dem immer belangloseren Rauschen von Massenmedien, dem aber eine strikte, fast eiserner Grenzlinie entspricht, die das, was gesagt werden darf, von dem trennt, was nicht gesagt werden kann. Internetforen und Blogs können dabei das gedruckte,

Mehr als Baugeschichte

Laudatio zur Verleihung des Gierschke-Dornburg-Preises

Wulf Dietrich Wagner wurde am 10. Mai 1969 in Mannheim geboren. Er wuchs in Oedingen auf und besuchte das Gymnasium in Bonn-Bad Godesberg. Bereits als Schüler begann er mit seinen Forschungen zu pommerschen und ostpreußischen Bauernhöfen und Gutshäusern und veröffentlichte erste Ergebnisse in den Periodika der ostdeutschen Kreisgemeinschaften. Nach dem Abitur und der Bundeswehr nahm er 1989 sein Architekturstudium an der Technischen Hochschule in Karlsruhe auf, das er 1996 mit einer selbstgewählten Diplomarbeit zum Wiederaufbau der Dominsel in Königsberg erfolgreich abschloss. 1995 erfolgte sein Umzug nach Berlin. Eine Anstellung als Architekt in einem großen Ingenieurbüro gab er nach kurzer Zeit wieder auf, um sich fortan ausschließlich seinen grundlegenden Forschungen zur ostpreußischen Gütergeschichte widmen zu können. Dies geschah und geschieht unter Zurückstellung eigener wirtschaftlicher Interessen. In der Wochenzeitung *Das Ostpreußenblatt* und in den Heimatbriefen der ostpreußischen Kreisgemeinschaften veröffentlichte Wagner Aufträge, in denen er die Bewohner der Güter – vom adeligen Rittergutsbesitzer bis hin zu den Instleuten – aufrief, ihm Informationen über das alltägliche Leben auf den Gütern und insbesondere über die Inneneinrichtungen der Häuser zu übermitteln. Auf dieser Grundlage fertigte er maßstabgetreue Rekonstruktionszeichnungen an, die mit ihren detaillierten Hinweisen zur Inneneinrichtung und



Preisträger Wulf D. Wagner Bild: Pawlik

zum Haushalt ein getreues und in dieser Form vollkommen neues Bild der hohen Wohnkultur in den ostpreußischen Gutshäusern vermittelte. Aus Anlass des Preußenjahres 2001 konnte er erstmals einem größeren Publikum mit der Ausstellung „Stationen einer Krönungsreise – Schlösser und Gutshäuser in Ostpreußen“ und dem gleichnamigen gedruckten Katalog die Ergebnisse seiner Forschungen vorstellen. 2005 erschien sein im Auftrag der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil angefertigtes über 500 Seiten starkes Buch „Die Güter des Kreises Heiligenbeil“ und 2008 und 2009 seine zweibändige Publikation „Kultur im ländlichen Ostpreußen. Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauen“. Es gibt wohl keine Region im deutschsprachigen Raum, deren Gütergeschichte so umfassend und exemplarisch erforscht ist wie die ostpreußische. Zusätzlich widmete er sich im Rahmen seiner Promotion der Erforschung des Königs-

berger Stadtschlösses. Eine erweiterte Fassung der Dissertation ist 2008 als Buch erschienen. Der 1. Band, herausgegeben von der Stadtgemeinschaft Königsberg und der Stiftung Königsberg im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, behandelt die Zeit von 1256 bis 1740, also von der Gründung bis zum Regierungsende Friedrich Wilhelms I. An diesem umfangreichen Werk, dessen zweiter Band kurz vor der Drucklegung steht, ist zweierlei bemerkenswert. Zum einen ist es hervorzuheben, dass es Wagner erreicht hat, von einem Gebäude, von dem seit über 40 Jahren oberhalb der Erdoberfläche so gut wie nichts mehr zu sehen ist, ein lebendiges Bild zu vermitteln, indem er die umfangreiche Aktenüberlieferung im Geheimen Preussischen Staatsarchiv in Berlin und den Planbestand der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten ausgewertet hat. Zum anderen hat er nicht nur eine architekturgeschichtliche Darstellung verfasst, sondern den architektonischen Werdegang des Gebäudes mit den Ereignissen der ostpreußischen Geschichte verbunden. Dies ist ihm überzeugend gelungen, weil er stets nach der Funktion der von ihm behandelten Bauteile und Räumlichkeiten gefragt hat. Entstanden ist ein Werk, das für die Baugeschichte Ostpreußens einen großen Fortschritt darstellt und für die politische Geschichte, für die Verwaltung von Hof und Land wie für das kulturelle Leben neue Erkenntnisse erzielt hat.

Die „Dr. Herbert und Marga Gierschke-Stiftung“ verleiht Herrn Dr. Wulf D. Wagner in Anerkennung seiner herausragenden Verdienste zur Erforschung der ostpreußischen Baugeschichte den Gierschke-Dornburg-Preis 2010.

»Preis ist ein Segen«

Geld fließt in weitere Forschung – Der Dank von Wulf Wagner

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde meiner Arbeit,

ich danke der Gierschke-Dornburg-Stiftung und persönlich dem Ehepaar Gierschke sehr herzlich für die Verleihung dieses Kulturpreises.

Wenn man sich über zehn Jahre mit dem weiten Thema der ostpreußischen Baukultur befasst, und dies auf freiberuflicher Basis, so kommt ein solcher Preis einem Segen gleich. Er hilft für Monate, Monate die ganz der weiteren Forschung gewidmet sein werden – und so ist dieser Preis vor allem eine Verpflichtung.

Große Arbeiten stehen noch aus und ich hoffe, dass sie mir in den nächsten Jahren möglich gemacht werden:

Erstens: eine große kreisübergreifende Gütergeschichte Ostpreußens im Lexikon-Stil mit mindestens 1000 Häusern,

Zweitens: eine Erfassung der Güter des hochinteressanten Kreises Samland bei Königsberg und beispielhaft eines Kreises in Masuren und eines im sogenannten „lithauischen“ Osten der Provinz, die alle drei eine andere Güterstruktur hatten als die bisher bearbeiteten Kreise Heiligenbeil und Gerdauen,

Drittens: eine umfassende Sammlung der Baugeschichte der Stadt Königsberg.

Das Material im Archiv ist unermesslich, das Wissen im Privatbesitz noch lange nicht ausgeschöpft. Die Verleihung des Gierschke-Dornburg-Preises weckt in mir die Hoffnung, dass ich zusammen mit den Ostpreußen und den Freunden dieses kulturgeschichtlich bedeutenden Landes auch diese Werke noch meistern werde.

Damit nochmals meinen herzlichsten Dank!

Gegen das Vergessen

Gierschke-Stiftung: 1000 Jahre Leistung und Leiden der Deutschen

Die Dr. Herbert und Marga Gierschke-Stiftung wurde 1999 von Oberst a.D. Dr. Herbert Gierschke und seiner Ehefrau Marga ins Leben gerufen.

Zweck der Stiftung ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung durch die Verleihung eines Geldpreises für wissenschaftliche Arbeiten. Der Gierschke-Dornburg-Preis wird in aller Regel im dreijährlichen Rhythmus zum Rahmenthema „Die deutsche Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte in Europa ostwärts der allgemeinen Linie Kiel-Elbe-Saale-Böhmerwald-Triest in der Zeitspanne vom deutschen König Heinrich I. (919–936) bis zu den Verträgen von Versailles und St. Germain im Jahre 1919 und deren nationale und gesamteuropäische Bedeutung“ verliehen. Die Stiftung möchte dazu beitragen, dass die gewaltigen 1000-jährigen Leistungen und Leiden der Deutschen im Osten Europas in der Geschichtswissenschaft nicht vergessen wer-

den und aus dem historischen Zusammenwirken der Staaten und Völker in Osteuropa immer wieder Lehren für die Zukunft gezogen werden. Getreu den Worten Gottfried Kellers: „Achte jedes Mannes Vaterland, aber das deine liebe!“ Der Name des Preises bezieht sich auf die Dornburg. Die Stadt Dornburg a.d. Saale mit ihren drei Schlössern, darunter eine alte Kaiserpfalz, war bereits im 10. Jahrhundert Austragungsort mehrerer Reichstage unter Otto I. Goethe hat sich dort gern aufgehalten. Im 19. Jahrhundert war der leibliche Urgroßvater des Stifters mütterlicherseits, Peter August Vogt, in Dornburg Landkammerrat und Domänenpächter. Auf Wunsch des Stifterehepaares verfügt die Landmannschaft Ostpreußen seit 2004 über das Vorschlagsrecht für die Auszeichnung und stellt den Stiftungsvorstand.

Die Stiftung ist unter anderem auch in Erinnerung an einen engen ostpreußischen Verwandten errichtet worden, der Großbauer m Kreis Goldap war und nach der Flucht den Gierschke beim Aufbau ihres landwirtschaftlichen Betriebes in Thüringen sehr geholfen hat. Das Stifterehepaar unterstützt die gemeinnützige Arbeit der LO wie auch der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ seit Jahren durch großzügige Zuwendungen. S.H.



Das Ehepaar Gierschke Bild: privat

Der Abdruck des Festvortrags von Prof. Harald Seubert auf der Jubiläumsfeier »60 Jahre PAZ« wird in einer der kommenden Ausgaben fortgesetzt.

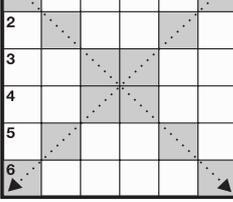
Tagesabschnitt	Sinnesorgan	ungeduldig vorwärtschieben	Geheimgericht	medizinische Bestimmung	spanische Baisareninsel	Kürbisgewächs	Sänger in den Alpen	Name mehrerer Flüsse	von drinnen nach draußen (ugs.)	Sachbereich	ein Europäer	wilde Menge, Schar	Fremdwortteil; halb (lat.)						
Brau-, Keller-, Rückstände	Binnenstaat in Westafrika	Tiergarten (Kzw.)	das Paradies	Entfernung des Inhalts	Form der Unfreue	trucken; mager	redlich; angesehen	altägyptischer Gott	Gewürzständer	befangen, gehemmt	Lichtöffnung im Gebäude	Quelle; Fluss der Weser	Modell, Typ	Entlärnungsverrichtung	Stadt u. Provinz in Norditalien	hell, ungeteilt	preisgeben; spenden	alle Weibhandgebunden	Stadt an der Aifer (Niedersachsen)
Einflanzler	Einfall, Gedanke	hiederblau hellviolett	beleidigend demütigen	Vorderasiat, Perser	Ziegenleder	gerade; ehrlich	Vorrichtung zum Heizen, Kochen	Fischzuchtorgan	Mediziner	Nadelbaum	lediglich	überreich mit Können bedacht	Kfz-Zeichen Güters-lob	franz. mährischer Artikel	Schritt, Rührtrieb	Pelzart, marderartiges Raubtier	zum Gebrauch berechnigt	Abb. für Bildunterschrift	
Wahlleit-spruch	Staat in Ostafrika	Unverheirateter	Radmittelstück	heftig weinen	Bruder des Moses	menschlich	hell, ungeteilt	preisgeben; spenden	alle Weibhandgebunden	Stadt an der Aifer (Niedersachsen)	hohes Ansehen	So ist's richtig:	Fabrik für Backsteine	Geldschrank; Bankfach	zum Gebrauch berechnigt	sauber, unbeschmutzt	Abb. für Bildunterschrift		

Sudoku

6		2	7					
5	2	3						4
4		9		2				
1	3	7	9		4			
	2		1	5		3	9	
		5			6			1
6				4	8	7		
		7		1		2		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Malerutensilien.

- ungezwungen; nachlässig
- kristallisches Mineral
- langer Stock, Stab
- protestantischer Geistlicher
- rau und fast tonlos (Stimme)
- Erreckung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Bezeichnung für einen unverheirateten Mann.

- Sohn; jüngerer Teilhaber
- belanglos, wenig
- enge Holzterasse
- Ruhe Schweigen
- altromische Klageschrift

